

## Inhaltsverzeichnis

Umweltschutz als Narretei.....	1
1) Warum das „Bienensterben“ zum „Wildbienensterben“ wurde .....	1
2) Starke Zunahme der Honigbienen in China .....	3
3) Naturschutz nutzt eine Lizenz zum Lügen .....	4
4) Umbau der „Rote Listen“ für Kampagnenzwecke .....	5
5) BfN: Ein Rudel = zwei Tiere? .....	6
6) Narretei mit Ablaufdatum: Gentechnik.....	7
7) Neue Einwohner willkommen, ihre Platzansprüche nicht .....	8
8) Grenzwerte verschärfen und als „Verschlechterung“ verkaufen.....	9
9) Umwelt-Messergebnisse verstoßen gegen statistische Grundsätze.....	11
9.1) Grundwasser-Messergebnisse nach ministeriellen Vorgaben .....	11
9.1.1) Kollektivschuld statt Abwägung .....	12
9.1.2) Der EU-Nitratbericht ist die Sammlung der Berichte der EU-Länder.....	13
9.1.3) Welches Ergebnis hätten’s denn gerne? .....	14
9.1.4) Deutschland von eigenen Beamten vorgeführt und schlechtgemacht.....	15
9.1.4) Unfehlbarkeit braucht keine kritischen Nachfragen .....	17
9.2) Ist die Stadtluft in München schlechter als in Athen?.....	18
10 Artenschutz vor Menschenschutz.....	19

Die Überschrift „Umweltschutz als Narretei“ ist einem Artikel aus der „ZEIT“ Nr. 44/1997 entnommen. Der Artikel stand unter der wütenden Überschrift: „Versenkt die Brent Spar“! Bei der Greenpeace-Kampagne „Brent Spar – Rettet die Nordsee“ wurde 1995 gegen die Versenkung der Shell-Tankboje „Brent Spar“ im schottischen Teil des Seegebietes zwischen Nordsee und Nordatlantik medienwirksamst protestiert. Eine lange Untersuchung unter Einbeziehung von Ökowsissenschaftlern hatte nun 1997 ergeben, dass die Versenkung der großen Tankboje „die Nordsee“ keineswegs irgendwie gefährdet hätte.<sup>1</sup> Eine fast verschwiegene Blamage für Medien und Politik in Deutschland, die sich in die Angelegenheiten des Vereinigten Königreiches eingemischt hatten. Wieder wurden keine Lehren gezogen, Umweltnarreteien sind zur deutschen Normalität geworden. Dazu zehn aktuellen Beispiele.

### 1) Warum das „Bienensterben“ zum „Wildbienensterben“ wurde

In der ARD-Sendung „Quarks“ vom 12.06.2018 mit dem Titel „Dramatisches Sterben: Sind unsere Insekten noch zu retten?“<sup>2</sup> verkündete der Moderator Ranga Yogeshwar: *„Oft ist die Rede vom großen Bienensterben. Mit Bienen meinen die meisten: die Honigbienen. Doch die sterben nicht aus. Honigbienen sind nämlich Nutztiere, werden in dem Umfang gezüchtet, wie sie gebraucht werden. Zwar setzen Pestizide*

<sup>1</sup> Vgl.: [https://www.zeit.de/1997/44/Versenkt die Brent Spar /komplettansicht](https://www.zeit.de/1997/44/Versenkt%20die%20Brent%20Spar/_komplettansicht)

<sup>2</sup> Vgl.: <https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/quarks-und-co/video-dramatisches-sterben-sind-unsere-insekten-noch-zu-retten-100.html>

oder Krankheitserreger wie die Varroamilbe den Bienen zu, doch die Zahl der Imker ist gestiegen und damit auch die Zahl der Bienenvölker. Schauen Sie mal: In den letzten 10 Jahren von 670.000 auf 820.000.“

In der ARD-Sendung „W wie Wissen“ vom 12.09.2015 mit dem Titel „Warum sterben die Bienen?“<sup>3</sup> verkündete der Moderator Dennis Wilms noch das Gegenteil: „Die Anzahl der Bienenvölker ist in Deutschland seit 1990 um 40% gesunken. Das ist eine Million weniger. Und das hat Folgen! Seit Jahren steigt das Bienensterben dramatisch an! Und die Gründe dafür, die sind ziemlich vielfältig.“ In der Sendung vom 28.11.2010 mit dem Titel „Das große Bienensterben“<sup>4</sup> hieß es: „Das Bienensterben ist ein weltweites Phänomen und hat zum Teil dramatische Ausmaße angenommen. In Argentinien und Brasilien ging die Zahl der Bienenvölker um mehr als ein Drittel zurück. In Europa halbierte sich die Bienendichte im Laufe der letzten Jahrzehnte. In China, Indien, den USA und Kanada sind rund 70 Prozent der Bienenvölker kollabiert. Im Mittleren Osten und Japan liegen die Todesraten bei bis zu 85 Prozent.“

In den ARD-Tagesthemen vom 29.10.2012<sup>5</sup> fabulierte Moderator Tom Buhrow in Bezug auf die „Superleistungen“ der Honigbienen: „Aber wir Menschen schaffen es, dass es immer weniger dieser Superleistungen gibt, weil weltweit immer weniger fleißige Bienen leben.“ Im so angekündigten Spielfilm belehrte der Filmemacher Markus Imhoof die Zuschauer: „In den letzten 6 Jahren sind in Europa, Nordamerika und China 30% der Bienenvölker jedes Jahr gestorben. In der Schweiz sind es das Jahr in bestimmten Regionen bis zu 70% gewesen. Manchmal waren es auch in Amerika bei zu 50 und 70% - aber im Durchschnitt 30% jedes Jahr. Und wenn das so weitergeht, sehen bald unsere Teller traurig aus.“

Die Medien brachten schon 2007 Schlagzeilen wie: „Aids im Bienenstock“<sup>6</sup>, „Experten fürchten um die ganze Art“<sup>7</sup>, „Maja summt nicht mehr“<sup>8</sup>, bestärkten so eine Untergangsstimmung. Das Vorstandsmitglied des Deutschen Berufsimker-Bundes (DBIB), Manfred Hederer, warnte: "Der Todeskampf der Honigbiene und der Imkerei in Deutschland hat begonnen.", wobei er in Pestiziden und dem Einsatz von Gentechnik die Hauptursachen währte.<sup>9</sup> Gentechnisch veränderte Pflanzen können keiner Biene gesundheitlich schaden, trotzdem wird der Humbug ohne jede Diagnose gerne verbreitet, was symptomatisch für solche Diskussionen ist.

Als nun nach zehn Jahren akuten „Bienensterbens“ mit jährlichen Abnahmeraten von „30% und mehr“ 2017 weltweit immer mehr Honigbienenvölker von den Statistikern der UN-Welternährungsorganisation (FAO) gezählt wurden<sup>10</sup>, dämmerte den Medien, dass hier was nicht stimmt. Die Mehrzahl der deutschen Bienenforscher hat sich immer gegen den Begriff „Bienensterben“ gewehrt, wofür sie von den NGO's heftig angegriffen wurden,<sup>11</sup> aber die Medien stürzten sich, wie bei der „Brent Spar“ oder dem „Waldsterben“,

---

<sup>3</sup> Vgl.: [https://www.ardmediathek.de/tv/W-wie-Wissen/Warum-sterben-die-Bienen/Das-  
Erste/Video?bcastId=427262&documentId=30534816](https://www.ardmediathek.de/tv/W-wie-Wissen/Warum-sterben-die-Bienen/Das-Erste/Video?bcastId=427262&documentId=30534816)

<sup>4</sup> Vgl.: <https://www.daserste.de/information/wissen-kultur/w-wie-wissen/sendung/2010/das-grosse-bienensterben-100.html>

<sup>5</sup> Vgl.: (Sendeminute 25 bis 28) <http://www.tagesschau.de/multimedia/video/sendungsbeitrag198110.html>

<sup>6</sup> Vgl.: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-50910321.html>

<sup>7</sup> Vgl.: DIE ZEIT vom 24.05.2007, „Nutztiere: Die Biene, das Geld und der Tod“:

<https://www.zeit.de/2007/22/Bienen/komplettansicht>

<sup>8</sup> Vgl.: <https://www.tagesspiegel.de/meinung/maja-summt-nicht-mehr/838748.html>

<sup>9</sup> Vgl.: DIE ZEIT vom 24.05.2007, „Nutztiere: Die Biene, das Geld und der Tod“:

<https://www.zeit.de/2007/22/Bienen/komplettansicht> und schon 2005: [https://www.kritischer-  
agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2005/Haefeker.pdf](https://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2005/Haefeker.pdf)

<sup>10</sup> Vgl.: Robin F.A. Moritz, Silvio Erler (2016) Lost colonies found in a data mine: Global honey trade but not pests or pesticides as a major cause of regional honeybeecolony declines. Agriculture, Ecosystems & Environment, Volume 216, 15. January 2016, Pages 44-50, ISSN 0167-8809, <http://dx.doi.org/10.1016/j.agee.2015.09.027> [http://pressemitteilungen.pr.uni-  
halle.de/index.php?modus=pmanzeige&pm\\_id=2510](http://pressemitteilungen.pr.uni-halle.de/index.php?modus=pmanzeige&pm_id=2510) bzw.:

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0167880915300931?via%3Dihub> und [https://www.zeit.de/zeit-  
magazin/2018/21/imkern-honig-hobby-bienen-grossstadt/komplettansicht](https://www.zeit.de/zeit-magazin/2018/21/imkern-honig-hobby-bienen-grossstadt/komplettansicht) und Keckl, Stellungnahme, vorgetragen vor dem Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtages: [ftp://www.keckl.de/texte/Keckl\\_Landtag\\_NDS\\_Umweltausschuss.pdf](ftp://www.keckl.de/texte/Keckl_Landtag_NDS_Umweltausschuss.pdf)

<sup>11</sup> Vgl.: [https://bienenkunde.uni-hohenheim.de/79762?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=8570](https://bienenkunde.uni-hohenheim.de/79762?tx_ttnews%5Btt_news%5D=8570)

auf die Hiobsbotschaften von NGO's und ihren Followern in Politik, Wissenschaft und Medien. Die NGO's spürten den Meinungsumschwung und erklärten flugs das „Honigbienensterben“ zum Missverständnis, eigentlich wäre die Wildbienen gemeint gewesen.<sup>12</sup> Das war nun der Fake im Fake, aber die Medien folgten brav der neuen Argumentation. Das Honigbienensterben war nützlich, solange es die Kassen und Stellenpläne, nicht nur bei den NGO's, füllte. Nun zauberten die NGO's vor dem überraschten Publikum eine Differenzierung nach Wild- und Zuchtbienen aus dem Hut. Tatsächlich haben die Naturschützer traditionell ein gespanntes Verhältnis zur „Honigbienen“-Massentierhaltung, die ihre Entstehung und überwiegende Existenz landwirtschaftlichen Blüh- „Monokulturen“ als Futterquellen verdankt. Außerhalb der Blühtermine der „Monokulturen“ kann es zu Nahrungskonkurrenzen zwischen heimischen Wildbienen und der, so der NABU, aus „fremdländischen Rassen“ gezüchteten Honigbienen kommen. In vielen Naturschutzgebieten ist deshalb das Aufstellen von Honigbienenstöcken verboten.<sup>13</sup>

Die Umfokussierung des „Bienensterbens“ auf Wildbienen hat für die NGO's den Vorteil, dass es keine objektiven Zahlen gibt. Ein Sack Flöhe lässt sich leichter hüten als Wildbienen sich zählen lassen würden. Wie soll das denn seriös gehen? Die Leute, die Aufträge zu solchen „Zählungen“ bekommen sind die, die dann bei schlechten Ergebnissen Folgeaufträge für weitere „Monitorings“ bekommen.<sup>14</sup> Die Wildbienen leiden vor allem an einer Reduzierung ihres Lebensraumes, auch als Folge eines falsch verstandenen Naturschutzes<sup>15</sup>. Viele Wildbienen brauchen bewuchsfreie Bodenstücke, deshalb ist ein Truppenübungsplatz ein hervorragender Lebensraum, wildwuchernde „Naturschutz“-Flächen nicht. Viele Wildbienen sind Kulturfolger und unsere Kultur kannte früher mehr Dreck, Mist, verwahrloste Ruinen, Bauschutt- und Erdhaufen, Pfützen, abgebrannte Hecken, schlammige Fahrspuren, etc.

Wie mit den Bienen medial umgesprungen wurde, steht für die ganze Umweltschutzdebatte, oder wie Bundeskanzlerin Merkel es in ihrer Regierungserklärung vom 16. Mai 2018 vor dem Deutschen Bundestag ungeahnt richtig sagte: „Die Bienen stehen inzwischen pars pro toto für das, was wir unter Artenvielfalt, unter Natur, darunter, wie sie funktionieren muss und soll und wie wir sie schützen müssen, verstehen. Deshalb sollten wir an diesem Tag an die Artenvielfalt denken und etwas Gutes für die Bienen tun.“<sup>16</sup>

## 2) Starke Zunahme der Honigbienen in China

Die Anzahl der Honigbienenvölker hat sich in China seit 1980 kontinuierlich um 65% auf 9,1 Mio. Völker in 2016 erhöht (weltweit von 60 Mio. in 1980 auf 91 Mio. in 2017). Ein zentrales Argument der Bienen-, Insekten- und Artensterbenskampagne war die Handbestäubung der Obstbäume in China, weil angeblich die Bienen, zumindest regional, „ausgestorben“ wären. Nirgends in China sind Bienen ausgestorben! Die Reprivatisierung von Bauernland unter Deng Xiaoping erweckte auch die Geschäftstüchtigkeit der Bauern wieder. Mit steigendem Wohlstand ließen sich immer mehr Birnen der selbststerilen Birnensorte „Jinhuali“ verkaufen. Der Anbau dieser teuren Edelsorte dehnte sich in der Provinz Sichuan um die Stadt Hanyuan monokulturähnlich aus<sup>17</sup>. Um das Geschäft nicht durch wurmige Früchte zu gefährden, spritzten die Obstbauern radikale Billig-Insektizide, die auch alle Bienen töteten. Die Wanderimker kamen deshalb nicht

---

<sup>12</sup> Vgl.: youtube-Video der Stuttgarter Zeitung & Stuttgarter Nachrichten: <https://www.youtube.com/watch?v=C-6UfT1pZcM>

<sup>13</sup> Vgl. NABU-SH 2015, „Honigbienenfreie Zonen um Schutzgebiete notwendig“ und „Mit „wahrer“ Natur hat die Imkerei allerdings nicht viel zu tun. Honigbienen, die in Natur und Garten fliegen, sind eben nicht die ehemals wilden, heimischen Honigbienen, sondern Zuchtformen fremdländischer Rassen.“: <https://schleswig-holstein.nabu.de/tiere-und-pflanzen/insekten/wespen/19172.html> und <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.hobby-imker-auf-den-fildern-stadt-stuft-honigbienen-als-stoerenfriede-ein.ab10100e-6b50-4e8b-b6ca-bc82b0fb4704.html>

<sup>14</sup> ZB: <https://www.nlwkn.niedersachsen.de/naturschutz/38835.html#Wildbienen> und <http://www.umweltplaner.de/profil.html>

<sup>15</sup> Vgl.: [https://www.novo-argumente.com/artikel/artenparadies\\_truppenuebungsplatz](https://www.novo-argumente.com/artikel/artenparadies_truppenuebungsplatz)

<sup>16</sup> Vgl.: Protokoll des Deutschen Bundestages und Bundeskanzleramt, da heißt es übrigens „pars pro poto“ (Latein: poto = zechen, saufen) <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2018/05/2018-05-17-rede-merkel-bundestag.html> und <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19032.pdf>

<sup>17</sup> "TangYa, Xie Jia-sui, Chen Keming; Sichuan University, 2003; „Hand pollination of pears and its implications for biodiversity conservation and environmental protection -- A case study from Hanyuan County, Sichuan Province, China"

mehr in dieses Birnenanbaugebiet, auch weil Birnenblüten wenig Nektar mit geringem Zuckergehalt produzieren. Für die Obstbauern war es lohnender, die Birnen per Hand zu bestäuben als auf die bienenschonenden Methoden des „Integrierten Obstbaues“ umzusteigen. Der Behang der Bäume kann so in Richtung „Einzelbirnen“ gesteuert werden, da die Birnen im Juli, noch auf dem Bäumen, in eine schützende Wachspapierhülle gesteckt werden.

Die Lobby der Naturschützer setzte in dem US-Naturfilm „Silence of the bees“ 2007 den Fake von den Birnenbauern als Opfern einer Chemie-Landwirtschaft in die Welt<sup>18</sup>. Fortgesetzt wurde die Täuschung in dem wegen seiner spektakulären Naturaufnahmen vielfach ausgezeichneten Film „More than Honey“ des Regisseurs Markus Imhoof 2012, für den neben dem BUND sogar die Tagesthemen warben. In dem Film wurde die absurde Behauptung aufgestellt, in Europa, Nordamerika und China könne heute keine Honigbiene mehr ohne Medikamente überleben, aber die These von den ausgestorbenen Bienen in China relativierte der Regisseur nachträglich<sup>19</sup>. Noch heute sind die beiden „Dokumentarfilme“ bei zeitgeistkonformen Pädagogen ein beliebter Stoff in den Schulen. Maja Lunde, Autorin des 2017 meistverkauften Buches „Die Geschichte der Bienen“<sup>20</sup>, bekannte in einem Interview: „Der Auslöser für meinen Roman war der Dokumentarfilm „More than honey“ über das Bienensterben. Als ich den sah war ich fasziniert und erschrocken zugleich, weil es so schlecht um die Bienen steht. Ich wusste sofort, ich muß ein Buch darüber schreiben.“<sup>21</sup> In den Medien hat nun eine Absetzbewegung von den falschen Bienensterbens-Thesen und der einseitigen Faktenauswahl der Filme begonnen.

Auch im chinesischen Apfelanbaugebiet Maoxian wurde zeitweise per Hand bestäubt<sup>22</sup>, aber Äpfel bringen weniger Geld als die Edelbirnen, die Kosten für die Wanderarbeiter lohnten den Aufwand nicht mehr, die Obstbauern stimmten sich mit den Wanderimkern ab und die Bienen bestäuben wieder. Nach den seriösen Statistiken der FAO wird die Hälfte der Welt-Apfelernte in China von den Bäumen geholt (2016: 44,5 Mio. t von weltweit 89,3 Mio. t), per Handbestäubung wäre das nicht zu erreichen. Kirschblüten wurde nie per Hand bestäubt. Eine Kirsche ist den Aufwand nicht wert. In diesbezüglichen Meldungen wurden Birnbäume mit Kirschbäumen verwechselt.

### 3) Naturschutz nutzt eine Lizenz zum Lügen

Zum ersten Weltbienentag am 20. Mai 2018 meldete der NABU: „Jede dritte hier lebenden Wildbienen-Art ist gefährdet oder vom Aussterben bedroht.“<sup>23</sup> Ein Jahr zuvor, am 29. Mai 2017, berichteten die damalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), Prof. Beate Jessel, auf einer Pressekonferenz: „Heute sind mehr als die Hälfte der 561 Wildbienenarten in ihrem Bestand bedroht und werden deshalb in der Roten Liste Deutschlands geführt, mit steigender Tendenz.“<sup>24</sup> Wieder ein Jahr zuvor, in einer Antwort der Bundesregierung an den Bundestag am 25.02.2016 (Drucksache 18/7705)<sup>25</sup>, meldeten die Behörden der beiden Damen dem Bundestag: „Die Artengruppe der Wildbienen weist mit 40,9 Prozent der einheimischen Arten überdurchschnittlich viele in ihrem Bestand

---

<sup>18</sup> Vgl.: PBS; produced by Partisan Pictures and Thirteen/WNET New York; written and produced by Doug Shultz

[https://www.youtube.com/watch?v=CBmlwx\\_6A8Q](https://www.youtube.com/watch?v=CBmlwx_6A8Q)

<sup>19</sup> Vgl.: <https://www.beobachter.ch/umwelt/flora-fauna/markus-imhoof-honigbienen>

<sup>20</sup> Vgl.: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/die-meistverkauften-buecher-des-jahres-geschichte-der-bienen-von-maja-lunde-ist-bestseller-2017-100.html>

<sup>21</sup> Vgl.: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ndr-wissenscheck/Rettung-fuer-die-Bienen,wissenscheck290.html>

<sup>22</sup> Vgl.: Uma Partap und Tang Ya, Sichuan University; 2012; "The Human Pollinators of Fruit Crops in Maoxian County, Sichuan, China"

<sup>23</sup> Vgl.: <https://www.nabu.de/news/2018/05/24451.html>

<sup>24</sup> Vgl.:

[https://www.bfn.de/presse/pressearchiv/2017/detailseite.html?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=6080&amp%3BcHash=261a197b819622bfadff6ab26a0cab0c](https://www.bfn.de/presse/pressearchiv/2017/detailseite.html?tx_ttnews%5Btt_news%5D=6080&amp%3BcHash=261a197b819622bfadff6ab26a0cab0c)

<sup>25</sup> Vgl.: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Steffi Lemke, Harald Ebner, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/7705 – 25.02.2016:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/077/1807705.pdf>

gefährdete Arten auf.“ Ja was denn nun: „jede Dritte“, „mehr als die Hälfte“ oder 40,9%? Der beliebige Umgang mit Zahlen offenbart eine Kampagne, die auf phantastischen Zahlen beruht. Um die Kampagne nicht mit seriösen Zahlen zu stören, wurde sogar der Bundestag von den Behörden der beiden Damen in die Irre geführt. Abgeordnete der Grünen fragten die Bundesregierung: „*Wie viele heimische Wildbienen- und Schmetterlingsarten sind seit den 1980er Jahren ausgestorben?*“<sup>26</sup> Bienen fallen als landwirtschaftliche Nutztiere in die Zuständigkeit des Landwirtschaftsministerium, Wildbienen etc. fallen in die Zuständigkeit des Umweltministeriums und die Roten Listen werden im BfN, einer Behörde im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums, geführt. Auf dem Dienstweg antwortete die Bundesregierung den Abgeordneten: „*Es gibt rund 560 Wildbienen-Arten in Deutschland, die in den Roten Listen (2012) bewertet wurden, davon sind 39 Arten ausgestorben oder verschollen. Aus den Artengruppen der Tagfalter, der Nachtfaltergruppen Spanner, Eulenspinner, Sichelflügler und Spinnerartige Falter, die einen großen Anteil der Bestäuber-Arten stellen, sind 19 Arten seit 1980 ausgestorben oder verschollen.*“ Für die Schmetterlinge stimmt die Antwort mit den 19 ausgestorbenen Arten seit 1980, für die Wildbienen ist die Antwort auf die eindeutige Frage, wie viele Wildbienen „*seit den 1980er Jahren*“ ausgestorben sind, eine Irreführung des Bundestages. Es ist genau eine Wildbienenart seit 1980 ausgestorben (*Dasypoda suripes*; Christ, 1791) und vier Wildbienenarten wurden seit 1980 neu entdeckt (*Lasioglossum pleurospeculum*, Herrmann, 2001; *Colletes hederæ*, Schmidt & Westrich, 1993; *Lasioglossum sabulosum*, Warncke, 1986 und *Osmia hyperborea*, Tkalcu, 1983). Statt eines Artensterbens gab es also bei Wildbienen seit 1980 einen Artenzuwachs. Alle anderen 38 ausgestorbenen Wildbienenarten aus der Antwort der Bundesregierung an die Abgeordneten sind vor 1980 ausgestorben, die erste (*Nomada mauritanica* Lepeletier 1841) vor genau 200 Jahren, im Jahr 1818, wobei es zweifelhaft ist, ob die fünf im 19. Jahrhundert ausgestorbenen Wildbienenarten hier auch wirklich heimisch waren oder nur der Aufblähung der Zahl der ausgestorbenen Arten dienen soll.

Eine Artenvermehrung statt eines Artenschwundes bei Wildbienen wollten die Aktivisten im Umweltministerium und BfN den Bundestagsabgeordneten nicht mitteilen, das hätte die Argumentation, das „Bienensterben“ sei hauptsächlich eine Folge der modernen Landwirtschaft, gestört. Als kleine juristische Hintertür ließ man bei der Antwort auf die Frage „*Wie viele heimische Wildbienen- und Schmetterlingsarten sind seit den 1980er Jahren ausgestorben?*“ bei den Wildbienen das „*seit 1980*“ weg. Man kann sich also im Notfall ein Versehen berufen. Diese Raffinesse spricht für eine Abstimmung der Fragen und Antworten zwischen den beteiligten Netzwerkern. Auch die Insektenforscher verhielten sich ruhig. Das zeigt, welche Narreteien sich die Gemeinschaft der Umweltaktivisten inzwischen sogar gegenüber den Parlamenten erlauben können. Es gab Zeiten, da wäre es den Urhebern peinlich gewesen, bei einer „Weißen Lüge“ (die für einen höheren Zweck) ertappt zu werden, Medien und Wissenschaft hätten eine Korrektur angemahnt. Der Schwindel ist heute folgenlos, denn jede Kritik würde als „Artensterbensleugnung“ ausgelegt, wäre unpopulär, könnte Stimmen kosten. Bundestag und Ministerien sind über diese Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit informiert,<sup>27</sup> tun nichts, der amtliche Umweltschutz hat in Deutschland die Lizenz zur Irreführung. Was „wahr“ oder „korrekt“ ist und was „Lüge“ oder „Täuschung“, ist nicht mehr eine Frage des „Fact Checking“, sondern Meinungssache.

#### 4) Umbau der „Rote Listen“ für Kampagnenzwecke

Eine nach einheitlichen Kriterien zusammengestellte „Rote Liste der vom Aussterben bedrohten Arten“ gibt es nicht mehr. Für die deutschen „Rote Listen“ wurden die Einstufungskriterien gegenüber der ursprünglichen, der internationalen „Roten Liste“ (IUCN-Liste) verändert.<sup>28</sup> Die IUCN-Liste schreibt für die

<sup>26</sup> Vgl.: Frage 1) a) in der Drucksache 18/7705

<sup>27</sup> Vgl.: [https://www.novo-argumente.com/artikel/umweltministerium\\_fuehrt\\_bundestag\\_hinters\\_licht](https://www.novo-argumente.com/artikel/umweltministerium_fuehrt_bundestag_hinters_licht) und <https://www.facebook.com/bmu.bund/photos/a.1813207738909859/2241649176065711/?type=3&theater>

<sup>28</sup> Siehe Gegenüberstellung der Einstufungskriterien der Internationalen IUCN-Roten Liste mit denen für die deutsche Rote Liste: Werner Kunz, 2017 WILEY-VCH Verlag, Weinheim, „Artenschutz durch Habitatmanagement: Der Mythos von der unberührten Natur“, ISBN 978-3-527-34240-2, ZITAT: „Während die Gefährdungskategorien ungefähr dieselben sind, gibt es in den

Gefährdungseinstufungen 1 bis 3 (CR = critically endangered; EN = Endangered; VU = Vulnerable) eine bestimmte Abnahmerate für die letzten 10 Jahre vor, zusammen mit einer maximalen Größe des Verbreitungsgebietes und einer bereits unterschrittenen Individuenanzahl. Die deutsche Rote Liste verzichtet auf solch objektiv messbare Kriterien, es genügen phantasievolle Expertenmeinungen.<sup>29</sup> Bestandszählungen sind bei vielen Tierarten nur schwer durchführbar. Die IUCN-Liste beschränkt sich deshalb auf halbwegs nachprüfbar Kriterien. Das BfN spiegelt für viele ihrer Zusatzkriterien vor, diese wären genau zu erheben, aber letztlich sind es nur wortreiche Schätzungen von Naturschutz-Lobbyisten, die von besorgniserregenden Zahlen dann für sich selbst Vorteile haben.<sup>30</sup> Alle Tiere, die in Deutschland seit 1492 heimisch waren oder sind, gelten als „heimische Art“. So fand auch der um 1500 hier ausgestorbene Auerochse („Bos taurus Linné, 1758“) seinen Weg in die deutsche Rote Liste, Kategorie „0“: „ausgestorben“.<sup>31</sup>

Im Jahr 2000 gab es in Deutschland nur ein Wolfrudel, 2017 mindestens 60. Die Zahl der Wölfe und der Wolfsrisse nimmt stark zu, die Tiere breitet sich aus, gefährdet die ökologisch eigentlich erwünschte Weidetierhaltung. Trotzdem ist der Wolf nach der deutschen Roten Liste in der höchsten Gefährdungsstufe „1 = Vom Aussterben bedroht“, textlich vergleichbar mit der IUCN-Listeneinstufung CR = critically endangered“. Weltweit gelten nach der IUCN-Liste Wolf<sup>32</sup>, Biber<sup>33</sup> und Feldhase<sup>34</sup> als „ungefährdet“ („least concern“<sup>35</sup>). Wozu also die horrenden Kosten beim „deutschen“ Wolf? In der deutschen Roten Liste trägt der Feldhase eine „3“ für „gefährdet“, obwohl 212.452 Feldhasen im Jagdjahr 2016/17 zur Strecke gebracht<sup>36</sup> wurden. Die Roten Listen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt führen den Feldhasen sogar als „stark gefährdet“ (Kategorie 2). Biber und Wildkaninchen werden in Deutschland zur Land- und Stadtplage, stehen aber auf der „Vorwarnliste“, dabei machen sich viele Menschen eher Sorgen wegen der starken Zunahme dieser Tiere. 156.778 Wildkaninchen wurden im Jagdjahr 2016/17 geschossen.

Den Medien werden dubiose deutsche Gefährdungs-Einstufungen gern als „Arten mit dramatisch abnehmenden Beständen“ verkauft. Die Unterschiede der deutschen Listen zur internationalen Roten Liste werden in der Regel verschwiegen. Auch immer mehr Bio-Weidetierhalter erkennen an den drastisch gestiegenen Wolfsrissen und der Beunruhigung der Herden, dass sie von ihren politischen Anführern mit praxisuntauglichen „Kompromiss“-Vorschlägen einer Ideologie geopfert werden. Die Naturschützer wollen hierzu die Viehbauern belehren, wobei man sich manchmal fragen muss, wer hier eigentlich von was Ahnung hat. Nicht jede ausgestorbene Art ist ein bedauernswerter Verlust. Wäre Tyrannosaurus Rex nicht ausgestorben, gäbe es keine Menschen. Wäre die Malaria-Mücke nicht regional ausgerottet worden, würden noch mehr Kinder an Malaria sterben. Das Bundesumweltministerium folgt derweil einem anderen Dogma: „Wir können auf kein Geschöpf verzichten, weil wir uns damit letzten Endes selbst gefährden.“<sup>37</sup>

## 5) BfN: Ein Rudel = zwei Tiere?

Der Wolf liefert ein weiteres Beispiel für die im Bundesamt für Naturschutz (BfN) und dem Bundes-Umweltministerium gepflegten Zählweisen. 2017 gab es einen Streit zwischen dem Landwirtschafts- und

---

Einstufungskriterien, nach denen die Arten in die Gefährdungskategorien eingeordnet werden, zwischen der IUCN-Liste und den deutschen Roten Listen erhebliche Unterschiede. Die IUCN-Kriterien schreiben quantitative Werte vor, während die Einstufungen in den deutschen Listen nach qualitativen Kriterien vorgenommen werden.“ ZITAT ENDE, die Tabelle 4.2 wird hier angezeigt: <https://books.google.de/books?id=GwC0DQAAQBAJ&pg=PT164#v=onepage&q&f=false>

<sup>29</sup> Vgl.: [http://www.iucnredlist.org/static/categories\\_criteria\\_3\\_1](http://www.iucnredlist.org/static/categories_criteria_3_1) und <https://www.bfn.de/themen/rote-liste/weiterentwicklung-rl.html>

<sup>30</sup> Vgl.: [https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/roteliste/IUCN\\_01.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/roteliste/IUCN_01.pdf)

<sup>31</sup> Vgl.: Seite 21 in <https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/roteliste/RoteListeTiere.pdf>

<sup>32</sup> Vgl.: <http://www.iucnredlist.org/details/3746/0>

<sup>33</sup> Vgl.: <http://www.iucnredlist.org/details/4007/0>

<sup>34</sup> Vgl.: <http://www.iucnredlist.org/details/41280/0>

<sup>35</sup> Vgl.: [http://www.iucnredlist.org/static/categories\\_criteria\\_3\\_1](http://www.iucnredlist.org/static/categories_criteria_3_1)

<sup>36</sup> Vgl.: <https://www.jagdverband.de/jagdstatistik>

<sup>37</sup> Vgl.: <https://www.facebook.com/bmu.bund/photos/a.1813207738909859/2291425101088118/?type=3&permPage=1>

Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, Till Backhaus, und der Präsidentin des BfN, das dem Umweltministerium untersteht, Prof. Beate Jessel, über die Anzahl der in Deutschland aktuell lebenden Wölfe. Till Backhaus präsentierte Schätzungen, nach denen rund 650 Wölfe in Deutschland leben.<sup>38</sup> Frau Jessel meinte sagen zu müssen, dass der Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern seine Zahl nicht beweisen können, sie sprach von 150 bis 160 Tieren und meinte sie „wissenschaftlich“ belegen zu können.<sup>39</sup> Diese 150 bis 160 Wölfe sollen nach Erhebung der Wolfsexperten des BMU (Senckenberg Museum für Naturkunde Görlitz; Senckenberg Forschungsinstitut Frankfurt, Standort Gelnhausen; Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung; LUPUS Institut für Wolfsmonitoring und -forschung in Deutschland; BMU und BfN)<sup>40</sup> rund 1000 Weidetiere getötet haben, aber nach Untersuchungen der Wolfsexperten (Auswertung von 2000 Wolfslosungen in der Lausitz durch das Senckenberg-Museum für Naturkunde in Görlitz) sollen sich die Wölfe nur zu 0,8% von Nutztieren ernähren und zu 99,2% Wild.<sup>41</sup> Nach den Expertenzahlen müsste ein Wolf jeden Tag 625 Rehlein etc. verspeisen, bzw. zumindest töten. Nach weiteren Angaben des BfN sollen „drei bis elf Tiere“ in einem Rudel leben, Welpen nicht mitgezählt<sup>42</sup>. Nach der BfN-Zählweise verteilen sich die „150 bis 160 erwachsene Wölfe“ auf 60 Wolfsrudel plus 13 Wolfspaare und drei sesshafte Einzelwölfe. Das Skelett eines Wolfes ist nach einem Jahr ausgewachsen, wie beim Hund. Nach der bekannt „konservativen“ Zählweise des BfN leben also ca. 126 Wölfe in 60 Rudeln (26 leben als Paar, 3 sind Einzeltiere), das sind 2,0 Wölfe pro „Rudel“, dabei sollen doch „drei bis elf Tiere pro Rudel“ leben!<sup>43</sup> Die Jägerschaft rechnet mit 1000 Wölfen,<sup>44</sup> ein weiterer Experte kalkuliert für Ende 2018 mit 300 erwachsenen Wölfen.<sup>45</sup> Trotz der Unterschiede gehen alle von Steigerungen der Wolfspopulation um 30% pro Jahr in Deutschland aus, auch wenn die Welpen- und Jungwölfesterblichkeit vor allem durch Verkehrsumfälle hoch ist<sup>46</sup>. Wer Einheimische gegen ihren Willen zu einem Zusammenleben mit unerwünschten Tieren zwingen will, muß sich nach feudalen Strukturen seines Gesellschaftsverständnisses fragen lassen. Der unbedingte Schutz des Wolfes hat keine Zukunft, das können auch die Zahlenkünste des BfN nicht verhindern.<sup>47</sup>

## 6) Narretei mit Ablaufdatum: Gentechnik

1984 beherrschte noch die Rote Gentechnik (für medizinische Zwecke) die Schlagzeilen, z.B. die trickreiche Behinderung der Produktion von Gen-Insulin mittels „Monsterbakterien“ beim Pharmakonzern Hoechst durch Minister Joschka Fischer. Dieser Umgang mit Genehmigungen führte zum rasanten Niedergang des Pharmastandortes Deutschland, samt Abwanderung des Wissens.<sup>[16]</sup> Bis 1998 waren die Grünen gegen den Einsatz jeder Gentechnik, egal ob für die Entwicklung von Medikamenten, Waschmitteln, Vitaminen, Wasserklämung und anderer biotechnologische Verfahren (rote weiße und graue Gentechnik). Noch 1997

---

<sup>38</sup> Vgl.: <https://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1620187/>

<sup>39</sup> Vgl.: <https://www.welt.de/vermishtes/article170866654/Wie-viele-Woelfe-leben-in-Deutschland-150-oder-650.html> und <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/woelfe-in-deutschland-was-sie-ueber-die-raubtiere-wissen-muessen-a-1209977.html>

<sup>40</sup> Vgl.: <https://www.dbb-wolf.de/die-dbbw/partner>

<sup>41</sup> Vgl.: <https://www.dbb-wolf.de/wolfsmanagement/herdenschutz/schadensstatistik> und <https://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/wolf/wissen/15572.html>

<sup>42</sup> Vgl.: <https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/leben/detail/-/specific/Streitthema-Wolf-erhitzt-Gemueter-Mittlerweile-60-Rudel-in-ganz-Deutschland-473068816>

<sup>43</sup> BfN: 150 erwachsene Tiere insgesamt, davon 13 Wolfspaare = 124, davon 3 Einzeltiere = 121 erwachsene Tiere in 60 „Rudeln“! Wann ist ein Wolf erwachsen? Mit 12 Monaten ist das Skelett ausgewachsen, mit 22 Monaten ist er geschlechtsreif, siehe <https://chwolf.org/woelfe-kennenlernen/biologie-ethologie/welpen-entwicklung/geburt-bis-geschlechtsreife>.

<sup>44</sup> Vgl.: <https://www.tagesschau.de/inland/woelfe-deutschland-101.html> - siehe auch Karte nach Jahren abrufbar: <https://www.dbb-wolf.de/Wolfsvorkommen/territorien/karte-der-territorien> und [https://www.dbb-wolf.de/mehr/literatur-download/statusberichte?file=files/publisher/downloads/Statusbericht%20W%C3%B6lfe%20in%20DE%2020162017\\_final.pdf](https://www.dbb-wolf.de/mehr/literatur-download/statusberichte?file=files/publisher/downloads/Statusbericht%20W%C3%B6lfe%20in%20DE%2020162017_final.pdf)

<sup>45</sup> Vgl.: <http://woelfeindeutschland.de/eintausend-woelfe-ein-schuss-ins-dunkel/>

<sup>46</sup> Vgl.: <https://www.dbb-wolf.de/totfunde/auflistung-nach-jahren>

<sup>47</sup> Vgl.: [https://www.weser-kurier.de/region/niedersachsen\\_artikel,-schulterchluss-gegen-den-wolf-arid,1771501.html](https://www.weser-kurier.de/region/niedersachsen_artikel,-schulterchluss-gegen-den-wolf-arid,1771501.html)

<sup>[16]</sup> Vgl.: <https://www.spektrum.de/kolumne/deprimierende-entwicklung/1139317> und <http://www.zeit.de/2012/18/N-Marcinowski/komplettansicht>

lehnten Funktionäre der Grünen die gesamte Gentechnik kategorisch ab<sup>[17]</sup>. Das war schon zu einer Zeit, als immer mehr Gen-Medikamente Leben retteten. Nur ein Jahr später, 1998, wurde in den Koalitionsverhandlungen mit dem Wahlgewinner Gerhard Schröder aus der bisher rabiat abgelehnten roten, weißen und grauen Gentechnik ein förderungswertes Zukunftsprojekt! Im ersten Rot-Grünen Koalitionsvertrag 1998 wurde gelobt: „Die neue Bundesregierung wird die verantwortbaren Innovationspotentiale der Bio- und Gentechnologie systematisch weiterentwickeln.“ und „Die modernen Methoden der Bio- und Gentechnologie sind in der Grundlagenforschung und angewandten Forschung weltweit etabliert, ihr Einsatz in der Medizin, wo sie die Entwicklung und Produktion neuer Impfstoffe und Medikamente ermöglichen, findet wachsende Akzeptanz.“<sup>[18]</sup> Nur die grüne Gentechnik durften die Grünen 1998 als identitätsstiftendes Feindbild behalten. Hinter diesem Popanz ließ sich 180-Grad Wende bei der roten, weißen und grauen Gentechnik geschickt verstecken. Die SPD hat kaum Interessen im landwirtschaftlichen Bereich, der Kompromiss kostete Bundeskanzler Schröder nicht viel.

Eine neue Wende zeichnet sich nun laut Beschluss des Bundesvorstands der Grünen vom 6. April 2018 mit diesen Worten ab: „So sprechen wir Grünen uns gegen Genveränderungen bei Lebensmitteln aus, sollten aber noch einmal hinterfragen, ob bestimmte neue Technologien nicht helfen könnten, die Versorgung mit Nahrungsmitteln auch dort zu garantieren, wo der Klimawandel für immer weniger Regen oder für versalzene Boden sorgt.“<sup>[19]</sup> Die neue Pateispitze will das Feindbild „grüne Gentechnik“ überprüfen? In den Zeiten der „Genscheren-Technologie“<sup>[20]</sup> kann man in der Gesellschaftsklasse der Naturwissenschaftler mit dem alten Popanz Wähler verschrecken? Gerade jetzt, wo das Ilse-Aigner-Beschwichtigungslabel „Ohne Gentechnik“ immer mehr Anhänger gewinnt<sup>[21]</sup>? Da müssen sich dann auch verschiedene Angstmacher aus der wissenschaftlichen Kampagnen-Zulieferindustrie und viele Journalisten fragen, ob sie sich bei der Sache nicht langsam in die Grünen Büsche schlagen, wo schon die Wendehälse mit ihren Angstprognosen vor der roten, grauen, weißen Gentechnik abgetaucht sind und von den Verfechtern der „Biotreibstoffe“ alsbald Gesellschaft bekamen. Der Geschichte des Widerstandes gegen die Gentechnik ist ein weiteres Zeichen für die Ideologieanfälligkeit dieser Gesellschaft.

## 7) Neue Einwohner willkommen, ihre Platzansprüche nicht

Seit 2011 hat sich die Einwohnerzahl Deutschlands um rund 2,5 Mio. Menschen erhöht,<sup>48</sup> so viele Menschen wie in der Metropolregion Hamburg leben. Der Zuzug aus allen Himmelsrichtungen hat erfreuliche und unerfreuliche Seiten. Beispielsweise bräuchten wir auf unserem Staatsgebiet zusätzlich eine Stadtregion wie Hamburg, um den Zuzugsgewinn seit 2011 zu behausen. Der Wohnungsbau und die Behebung von Leerständen hält hier nicht Schritt,<sup>49</sup> eine gutgemeinte Vorschriftenflut hemmt die Baufreude, benachteiligt aufstrebende Besitzlose. Wohnen wird schnell teurer, die Einkommensschwachen werden an den Rand, bzw. in unattraktive Wohnlagen gedrängt. Viele junge Handwerker können sich z.B. kein Eigenheim mehr leisten, auch nicht als Doppelverdiener. Das vermindert die Identifikation mit diesem Land. Die, die diesen Zuzug am lebhaftesten begrüßen, wehren sich entschieden, wenn Platz für mehr

---

<sup>[17]</sup> Vgl.: <http://www.aerzteblatt.de/pdf.asp?id=8321>

<sup>[18]</sup> Vgl.: Vgl. Rot-Grüner Koalitionsvertrag 1998, Seite 13:

[https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Bilder/Redaktion/30\\_Jahre\\_-\\_Serie/Teil\\_21\\_Joschka\\_Fischer/Rot-Gruener\\_Koalitionsvertrag1998.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Bilder/Redaktion/30_Jahre_-_Serie/Teil_21_Joschka_Fischer/Rot-Gruener_Koalitionsvertrag1998.pdf)

<sup>[19]</sup> Vgl.: Seite 5 in :

[https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Beschluesse/Beschluesse\\_BuVo/20180406\\_Beschluss\\_Neue\\_Zeite\\_n.\\_Neue\\_Antworten..pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschluesse/Beschluesse_BuVo/20180406_Beschluss_Neue_Zeite_n._Neue_Antworten..pdf)

<sup>[20]</sup> Vgl.: <https://www.pharmazeutische-zeitung.de/index.php?id=61440>

<sup>[21]</sup> Vgl.: <https://www.ohnegentechnik.org/aktuelles/nachrichten/2018/>

<sup>48</sup> Vgl.: [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen\\_/Irbev03.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen_/Irbev03.html)

<sup>49</sup> Vgl.: Tabelle 1.1 in

[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bauen/Wohnsituation/BestandWohnungen2050300177005.xlsx?\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bauen/Wohnsituation/BestandWohnungen2050300177005.xlsx?_blob=publicationFile) und

[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bauen/Wohnsituation/FortschreibungWohnungsbestandXLS\\_5312301.xlsx?\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bauen/Wohnsituation/FortschreibungWohnungsbestandXLS_5312301.xlsx?_blob=publicationFile)



Menschen geschaffen werden soll. Dabei haben wir selbst, insbesondere die Etablierten, immer höhere Ansprüche an die Wohnfläche pro Einwohner und an unsere Wohnumgebung.<sup>50</sup> Wir haben mehr Einwohner und wollen mehr Wohnfläche für uns selbst, möglichst ein freistehendes Haus, und dann kommen Klagen über die Vermehrung der Siedlungs- und Verkehrsfläche, genannt „Flächenfraß“!<sup>51</sup> Mal ist das Boot voll, mal nicht? Unser heutiger Wohlstand beruht auf dem Aufstieg Deutschlands zu einer Industrienation. Ganze Landschaften wurden zu Städten und Werksanlagen. Das wäre heute aus „Nachhaltigkeits- und Umweltschutzgründen“ nicht mehr möglich. Für viele Entwicklungsländer mit ebenfalls stark steigender Bevölkerung ist das keine Option.

## 8) Grenzwerte verschärfen und als „Verschlechterung“ verkaufen

Das Umweltbundesamt schreibt unter der Überschrift: „Nährstofffrachten sinken“<sup>52</sup>: „In den Jahren 2012 bis 2014 wurden in Deutschland im Mittel rund 490 Kilotonnen Stickstoff pro Jahr (kt N/a) in die Oberflächengewässer eingetragen. Das sind knapp über 50 Prozent (%) weniger als im Mittel der Jahre 1983 bis 1987“ und „In den Jahren 2012 bis 2014 wurden im Mittel rund 23 kt Phosphor pro Jahr in die Oberflächengewässer eingetragen. Gegenüber den Vergleichsjahren 1983 bis 1987 sanken die Phosphoreinträge im Schnitt um etwa 70 %“. Das Qualitätsziel der Nitratrichtlinie für Gewässer liegt bei 50 mg/l NO<sub>3</sub> (Nitrat pro Liter), was 11,3 mg/l Nitrat-N (Nitrat-Stickstoff pro Liter) entspricht, so hoch ist auch der Grenzwert bei Trinkwasser. Alle deutschen Gewässer unterschreiten diesen alten Grenzwert.<sup>53</sup> 88% der Gewässer waren bis 2015 hinsichtlich aller damaligen chemischen Parameter, wovon Nitrat einer ist, schon unterhalb der Grenzwerte.<sup>54</sup> Die Wasserqualität wurde, für alle sichtbar, immer besser, die Medien berichteten über diese erfreulichen Verbesserungen, insbesondere wenn verschmutzungsempfindliche Tierarten in die Flüsse zurückkehrten. Solche Erfolgsmeldungen sind schlecht für das Umwelt-Geschäft, deshalb führte man eine neue „umfassende ökologische Bewertung der Gewässer“ ein. Dabei wurden die Kriterien bis zur Unmöglichkeit verschärft. Die Begründung war, dass die deutschen Flüsse im Naturzustand, also vor dem Eintreffen der Menschen, wohl solche Werte aufwiesen.<sup>55</sup> Plötzlich waren 90% deutschen Gewässer in Bezug auf die „biologische Qualität“ als „übermäßig belastet“ (ZDF), als „schlecht“, als „nicht gut“, in alarmierend roten Farben in den Landkarten eingezeichnet, wo sie vorher in sanften grünen Farben mit der Güteklasse „2“ eingezeichnet waren, definiert als „Gewässerabschnitte mit mäßiger Verunreinigung und guter Sauerstoffversorgung; sehr große Artenvielfalt und Individuendichte von Algen, Schnecken, Kleinkrebsen, Insektenlarven; Wasserpflanzenbestände können größere Flächen bedecken; artenreiche Fischgewässer“.<sup>56</sup> Die neuen chemischen Grenzwerte, nun ein Teilaspekt der neudefinierten „ökologischen Qualität“, kann kein einziges deutsches Gewässer mehr einhalten<sup>57</sup>.

---

<sup>50</sup> Vgl.: Wohnfläche je Einwohner 1987 bis 2017, Tabelle 1.1.1 bis 1.1.3 in [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bauen/Wohnsituation/FortschreibungWohnungsbestandXLS\\_5312301.xls?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bauen/Wohnsituation/FortschreibungWohnungsbestandXLS_5312301.xls?__blob=publicationFile)

<sup>51</sup> Vgl.: <https://gruene-bayern.de/wp-content/uploads/2018/07/180717-Urteil-Volksbegehren.pdf>

<sup>52</sup> Vgl.: Einzelwerte der Flüsse 2004 ab Seite 6 bis 9

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/wasser/fliessgewaesser/eintraege-von-naehr-schadstoffen-in-die#textpart-1> und 2016 von Seite 79 bis 84 in

[https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Binnengewasser/nitratbericht\\_2016\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/nitratbericht_2016_bf.pdf)

<sup>53</sup> Vgl.: Seite 5 in [http://www.lawa.de/documents/Nitratbericht-2004\\_24e\\_copy\\_623.pdf](http://www.lawa.de/documents/Nitratbericht-2004_24e_copy_623.pdf)

<sup>54</sup> Vgl.: Seite 11 in <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4012.pdf>

<sup>55</sup> Vgl.: <https://www.bmu.de/themen/wasser-abfall-boden/binnengewasser/fluesse-und-seen/schutzziele-und-bewertungsparameter/biologische-gewaesserguete/>

<sup>56</sup> Vgl.: Karte vom Jahr 2000 „Biologische Gewässergütekarte“:

[https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Binnengewasser/biologische\\_gewaesserguetekarte\\_2000\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/biologische_gewaesserguetekarte_2000_bf.pdf)

mit der von 2016 „ökologischer Zustand“:

[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/2\\_karte\\_oekolog-zustand\\_2016-09-29.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/2_karte_oekolog-zustand_2016-09-29.pdf)

und <http://www.keckl.de/texte/Umweltbundesamt%20manipuliert%20ZDF%20beim%20Nitrat.pdf>

<sup>57</sup> Vgl. Abb 55 auf Seite 127 in

[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba\\_wasserwirtschaft\\_in\\_deutschland\\_2017\\_web\\_aktualisiert.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba_wasserwirtschaft_in_deutschland_2017_web_aktualisiert.pdf)

Wegen der neuen Grenzwerte und der veränderten Farbgebung in den Karten entstand nun der Eindruck, dass sich die Gewässergüte verschlechtert hätte. Niemanden ist klar, dass die neuen Definitionen von „gut“ und „sehr gut“ Gewässerverläufe wie vor 10000 Jahren (also frei von jeder Bebauung oder Regulierung) bedingen würde mit sehr niedrigen Nährstoffgehalten, bei denen Artenvielfalt und Artenmengen abnehmen würden. Schon heute klagen Fischer am Bodensee über geringere Fangmengen wegen des nährstoff- und damit lebensärmeren Wassers. Die Naturschützer behaupten, wider besseren Wissens, gern das Gegenteil, nämlich nährstoffarme Gewässer wären artenreicher. Nach diesen definitorischen und psychologischen Tricks mit den Grenzwerten und Güte Merkmalen spricht niemand mehr von den erreichten Verbesserungen der Wasserqualität der Flüsse, sondern von der angeblich „schlechten ökologischen Qualität“ der Gewässer. Die mühsam und teurer erreichten Verbesserungen für die Umwelt werden durch die höheren Arbeitsnormen der Öko-Planwirtschaftler als Planzielverfehlungen und Umweltverschlechterungen hingestellt. Die „ökologische Qualität“ meint das Aussehen und die Qualität von Flüssen vor dem Erscheinen des Menschen, ist also nie erreichbar, ein immerwährender Quell von Umweltklagen und Forderungen nach mehr Umweltstellen und Umweltauflagen. Der Nordkurier aus Neubrandenburg bekam auf die Nachfrage beim UBA, wieso denn die immer sauberer geworden Gewässer so schlecht eingestuft sind, die Antwort: „Die alarmierenden Zahlen sind auch ein Produkt der anspruchsvollen Gesetzgebung“!<sup>58</sup>

Wie gut z.B. das Nitrat in Flüssen reduziert werden konnte, zeigen nicht zuletzt die zunehmenden Blaualgenplagen. Blaualgen sind eigentlich Cyano-Bakterien mit der Fähigkeit, bei Nitratmangel sich den Stickstoff; statt aus dem Nitrat im Wasser; aus der Luft (Luft besteht zu 78% aus Stickstoff-Gas) zu holen. Bei Nitratmangel haben sie einen großen Standortvorteil, vermehren sich sehr stark, führen zu grau-grün getrübbtem, stinkendem Wasser. Weil eine Umweltverbesserung, also eine Senkung des Nitratgehaltes des Wassers, ideologisch nicht zu einer Verschmutzung führen kann,<sup>59</sup> werden Blaualgenplagen von den Umweltaktivisten gern dem Nährstoffeintrag, insbesondere von Phosphat, in die Flüsse zugeschrieben. In nie gedüngten Schweizer Gletscherseen kommt es seit Urzeiten gelegentlich zu Blaualgenplagen, an denen Kühe auf der Alm verendeten<sup>60</sup>. Die eigentliche Ursache fast aller heutigen Blaualgenplagen ist eine zu starke Reduktion des Nitrates in den Gewässern im Verhältnis zum in den Gewässern seit den Vor-Kläranlagenzeiten noch befindlichen „Pflanzen-Wachstumsmotor“, dem Phosphor. Fehlt das Nitrat als Wachstumspartner, verschwinden die sauerstoffproduzierenden Grünalgen, die Basis vieler Nahrungsketten im Wasser. Fischen fehlt der Sauerstoff. Umweltbehörden streuen gelegentlich schon Nitratdünger in die Seen, damit sie nicht wegen Tierquälerei in die Diskussion kommen und die Anwohner sorgen sich dann wegen dem Ökopopanz Nitrat um ihr Grundwasser, obwohl Nitrat unter sauerstoffarmen Bedingungen sehr schnell „denitrifiziert“ wird, zu Luftstickstoff und Wasser abgebaut wird.<sup>61</sup>

---

<sup>58</sup> Vgl.: Nordkurier Neubrandenburg vom 04.04.2018 „Gewässer: Neuer Öko-Alarm ist reine Utopie“

<https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/neuer-oeko-alarm-ist-reine-utopie-0431676504.html>

<sup>59</sup> Vgl.: <https://www.institut-halbach.de/2015/09/die-rettung-eines-sees/?print=pdf> und

<https://www.bild.de/regional/hannover/land-setzt-auf-nitrat-gegen-blaualgen-im-25814720.bild.html> und

<https://www.institut-halbach.de/2012/05/fische-tot-gepinkelt/>

<sup>60</sup> Vgl.: Naegeli, H; Kupper, J (2008). Vergiftungen durch toxische Cyanobakterien. In: Aschenbach, J [et al.]. LBH: Proceedings 4. Leipziger Tierärztekongress. Leipzig, 167-169; Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich.

<http://www.zora.uzh.ch/id/eprint/2795/1/Cyanobakterien-1.pdf> : „Vergiftungen von Rindern durch hepatotoxische Cyanobakterien - Auf mehreren Alpweiden der Schweiz traten in einem Zeitrahmen von 20 Jahren insgesamt etwa 100 plötzliche und zuerst nicht erklärbare Todesfälle von Rindern auf. Die betroffenen Gefahrenzonen befanden sich auf einer Höhe von 2100 bis 2700 m über dem Meer.“

<sup>61</sup> Vgl.: <https://www.bild.de/regional/hannover/land-setzt-auf-nitrat-gegen-blaualgen-im-25814720.bild.html> und

<https://www.kreiszeitung.de/lokales/diepholz/methode-gegen-gestank-duemmer-3001794.html> und

<https://www.kreiszeitung.de/lokales/diepholz/nitrateinleitung-lohne-beginnt-2455443.html> und

<http://www.keckl.de/texte/Fischsterben%20durch%20Nitratmangel.pdf>

## 9) Umwelt-Messergebnisse verstoßen gegen statistische Grundsätze

In der EU werden alle gewerblich genutzten Birnbäume nach exakt gleichen Vorgaben von Statistikern gezählt („EU-Baumobstanbauerhebung“). Die Anzahl der Birnbäume, das Pflanzjahr, die Sorte, die Pflanzabstände, die Flächen sowie wann, wo, von wem und wie die Bäume zu erfassen sind, ist in vielen Sitzungen der Statistiker genau geregelt worden. Birnbaumzahlen sind innerhalb der EU vergleichbar, wichtige Umweltzahlen nicht. Statt auf statistischen Prinzipien beruhen wichtige EU-Umweltmessungen auf politischen Kompromissen, sind keine Statistiken, obwohl sie als solche verkauft werden. Die Auslegung dieser Mess-Vorschriften ist gegen jede statistische Wissenschaft so beliebig gefasst, damit insbesondere die südlichen Staaten legal so messen können, dass sie als Saubermänner mit bester Luft, sauberem Wasser etc. dastehen und die deutsche Umweltbürokratie das andere Extrem messen und verkünden kann. Ohne diese Trickereien wären EU-Umweltvorschriften nicht durch die EU-Gesetzgebung samt Fördergeldzusagen zu bekommen. Die Allianz der Umweltbürokraten und -aktivisten überdehnt für Deutschland die Messvorgaben sogar noch, sodass Deutschland, gegen jede offensichtliche Plausibilität, innerhalb der EU als Drecksstaat mit vergifteter Luft und vergifteten Wasser dasteht. Können die so für Deutschland ermittelten Messwerte die „ambitionierten Grenzwerte“ und Planvorgaben nicht erreichen, folgen Kampagnen über eine „fortdauernden Vergiftung“ und die „Nichteinhaltung der Gesetze“.

Wie zu Zeiten der sozialistischen Planwirtschaft werden heute immer schärfere Grenzwerte als Öko-Planziele festgelegt, egal ob die technologisch erreichbar, wirtschaftlich oder ökologisch sinnvoll sind. Die Taktik wird getarnt als Gesundheitsschutz vor nach dem Vorsorgeprinzip nicht ausschließbaren Beeinträchtigungen. Schon die mit moralischer Empörung aufgestellten Forderungen rücken die Forderer auf die Seite der Guten, böse Nebenwirkungen werden negiert. Wie abstrus diese „Grenzwerte“ entstanden, ist für den Stickstoffdioxid-Grenzwert in „DIE ZEIT“ 46/2018 Seite 35 und „ZEIT Doctor“ vom Nov. 2018 Seite 16 nachzulesen.<sup>62</sup> Statt dem statistischen und juristischen Unfug durch einheitliche und eindeutige Messvorgaben Einhaltung zu gebieten, läßt sich der Gesetzgeber von Kampagnenmachern treiben und macht so unseren Staat lächerlich. Das sind die Vorstufen einer neuen Planwirtschaft, getarnt als „Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ oder „Ökologische Modernisierung der Wirtschaft“ oder neuerdings als grundgesetzähnliches „Klimagesetz“.<sup>63</sup> Die Diskussion, was möglich ist - und deswegen zu tun ist, wird nicht mehr geführt. Stattdessen hebt man Probleme, z.B. Grenzwerte, durch Ideologisieren und Moralisieren in den Bereich dessen, was nach neuem Glauben geboten wäre. Die simple Theorie dahinter ist, der Umwelt-Gott hätte die Welt so eingerichtet, dass alles was nach neuen Modedogmen geboten ist, auch möglich wäre. So löst man keine Probleme, vermehrt sie eher, kann aber als Entscheider gut von Leben, weswegen auch, tiefenpsychologisch betrachtet, nichts passieren sollte.

### 9.1) Grundwasser-Messergebnisse nach ministeriellen Vorgaben

Ein Beispiel für extrem dehnbare Messvorschriften innerhalb der EU und die Verzerrung der „Ergebnisse“ sind die Nitratmessungen im Grundwasser im Rahmen der EU-Nitratberichterstattung. Alle EU-Staaten haben sich verpflichtet, hohe Nitratwerte im Grundwasser, so denn vorhanden, zu senken. Werden keine Senkungen erreicht, sind theoretisch im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens Strafzahlungen in Milliardenhöhe an die EU möglich.<sup>64</sup> Vertragsverletzungsverfahren sind nicht ungewöhnlich, werden aufgebauscht und verlaufen vor konkreten Strafen und einer weiteren Schwächung der Zustimmung der

---

<sup>62</sup> Vgl.: DIE ZEIT 46/2018 Seite 35: „Stickstoffdioxid: Hysterie ums Falsche. Der Grenzwert 40 Mikrogramm für das Auspuffgas Stickstoffdioxid ist aus der Luft gegriffen. Ein Gastbeitrag von Alexander S. Kekulé.“

<https://www.zeit.de/2018/46/stickstoffdioxid-grenzwert-eu-dieselskandal-who-hysterie> und <https://www.zeit.de/2018/46/autoabgase-schadstoffe-feinstaub-auswirkungen-gesundheit-grenzwert>

<sup>63</sup> Vgl.: <https://www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de/w/category/oekologisch-soziale-marktwirtschaft/> und [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/uib\\_02\\_2016\\_oekologische\\_modernisierung\\_der\\_wirtschaft\\_durch\\_eine\\_moderne\\_umweltpolitik\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/uib_02_2016_oekologische_modernisierung_der_wirtschaft_durch_eine_moderne_umweltpolitik_0.pdf) und <https://www.zeit.de/2018/41/svenja-schulze-umweltministerin-spd-klimaschutz-grosse-koalition>

<sup>64</sup> Vgl.: <https://www.zeit.de/wissen/2018-06/eugh-verurteilt-deutschland-wegen-hoher-nitrat-belastung>

Bürger zur EU dann im Sande.<sup>65</sup> Politisches Ziel für Deutschland ist, unter der Landwirtschaftsfläche hohe Nitratwerte im Grundwasser zu messen, um einen ökologischen Umbau der Landwirtschaft mittels Angstzahlen zu erreichen. Die detaillierte nationale „Nitratsituation“ wird in den Nitratberichten der EU-Länder an die EU-Kommission, Bereich Umwelt, („EU-Nitratberichterstattung“) gemeldet. Daneben gibt es ein Kapitel „Nitrat im Grund- Oberflächenwasser“ als Länderüberblick in der EU-Umweltberichterstattung der Europäischen Umweltagentur (EUA). Da so gut wie niemand versteht, um was es geht, können die Nitratdaten gut zu einer Umwelt- und Gesundheitsgefahr aufgebauscht werden, da die Vorschriften zu den Nitratmessungen so gefasst sind, dass sich praktisch jedes Land das Ergebnis erstellen kann, das umweltpolitisch gewünscht wird.

Fachlich ist es so, dass der Nitratgehalt im Grundwasser von der Düngung mit Stickstoff abhängt. Es wird mehr gedüngt als die Pflanzen aufnehmen können, da es nicht möglich ist, der Pflanze „ins Maul“ zu düngen, immer etwas Dünger verloren geht. Von diesen „Stickstoffüberschüssen“ ist der Nitratgehalt im Grundwasser abhängig, siehe Tabelle 1, Spalte 9. Es ist daher unmöglich, dass das deutsche Grundwasser schlechter sein soll als das in den Niederlanden oder Belgien bei ähnlichen Böden und Klima, das ist ein Ergebnis kreativen „Umweltstatistiker“. Das „Nitrat-im-Grundwasser-Ranking“ müsste dem „Stickstoffüberschussranking“ prinzipiell folgen. Der Nitratgehalt des Grundwassers unter einem Gebiet ist in der Regel unbekannt! Man bekommt ganz verschiedene Ergebnisse, je nachdem, wo, aus welcher Tiefe, wie oft und zu welcher Jahreszeit man misst. Ein weites Feld für Datenmanipulateure, wenn die Maschenweiten des Messnetzes, die Entnahmetiefen, Zeitpunkte und Messhäufigkeit nicht streng einheitlich geregelt sind. In der deutschen Regel wird der Nitratgehalt nur am obersten Rand gemessen, wo durch die Nähe der Ackerkrume der Nitratbehalt am höchsten ist und diese Messungen werden von den kampagnengeschulten Umweltbürokraten als „Werte für das Grundwasser“ verkauft. Je länger, tiefer und luftabgeschlossener das Grundwasser im Boden ist, umso mehr Nitrat wird bakteriell abgebaut „denitrifiziert“ zu Luftstickstoff und Wasser. Unter dichten, nassen, humosen Böden bildet sich kein Nitrat im Grundwasser. Unter luftigen, steinigen, sandigen Böden und Früchten mit langen Zeiten ohne Bewuchs bildet sich viel Nitrat im Grundwasser. Diese Böden sind in der Regel leicht erwärmbar, weshalb der Wein- und Gemüseanbau erhebliche Nitratprobleme hat, ebenso wie Mais. Keine Nitratprobleme gibt es in der Regel unter Dauergrünland auf feuchten Böden. Nach der EU-Nitratrichtlinie wird eine Verringerung der Nitratbelastung gefordert, das ist der Kern des deutschen Nitratproblems mit der EU. Der Hauptgrund, weshalb dies in Deutschland seit 2004 praktisch nicht gelingen kann, ist die Vermehrung der ökologisch unvorteilhaften Maisflächen (1,7 Mio. Hektar Mais insg. in 2004 auf 2,5 Mio. Hektar in 2017) für den Biogasanbau auf nitratsensiblen Böden, mit oft schon hohen Viehdichten. Auch ein grünes Projekt, für das gerne „haltet den Dieb“ gerufen wird. Die Ausweitung des Maisanbaues ist ein Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot in der EU-Nitratrichtlinie, das aus ökologischen Gründen nicht angeklagt wird. Der Biogasboom war ein großer Industrialisierungsschub der Landwirtschaft mit schlechten ökologischen und verteilungspolitischen Nebenwirkungen.

### 9.1.1) Kollektivschuld statt Abwägung

Hannover bezieht sein Grundwasser aus einem großen Schwemmsandgebiet, dem „Fuhrberger Feld“. Das Wasser ist fast nitratfrei. Nitrat wird in der Tiefe unter Luftabschluss und mit Hilfe von Reaktionspartnern wie den seit Jahrtausenden eingeschwemmten Eisenkies-, Braunkohle- und Torfstückchen sowie dem

---

<sup>65</sup> Vgl.: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-170\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-170_de.htm) und [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-1453\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1453_de.htm) und [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-576\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-576_de.htm) und <http://agriculture.gouv.fr/nitrates-stephane-le-foll-se-felicite-de-la-sortie-prochaine-de-contentieux-avec-la-commission> und <https://www.agrarheute.com/management/recht/viel-nitrat-eugh-spricht-urteil-gegen-frankreich-448972> und <https://www.euractiv.com/section/agriculture-food/news/paris-convincés-brussels-of-good-intentions-on-nitrate-pollution/> und [http://www.lemonde.fr/pollution/article/2016/12/09/directive-nitrates-la-commission-europeenne-dispense-la-france-de-payer-des-penalites\\_5046642\\_1652666.html](http://www.lemonde.fr/pollution/article/2016/12/09/directive-nitrates-la-commission-europeenne-dispense-la-france-de-payer-des-penalites_5046642_1652666.html) und <https://www.topagrar.com/news/Acker-Agrarwetter-Ackernews-Bruessel-legt-den-Nitrat-Rechtsstreit-mit-Frankreich-bei-6639108.html>

Bodenhumus bakteriell zersetzt. Trotzdem wird das Gebiet als „rotes Gebiet“ mit sehr hohen Nitratgehalten ausgewiesen. Das liegt an zwei Messstellen mit hohen Nitratwerten, wo gedüngter Stickstoff sehr schnell bei Starkregen im Sandboden oberflächlich versickert und beim Anknüpfen an der Grundwasseroberfläche gemessen wird. Solche Messstellen werden als repräsentativ für ein Gebiet und ganze Grundwasserräume verkauft, weil laut Vorschrift schon ein Brunnen ein ganzes Gebiet als „nitratverseucht“ ausweisen kann, auch wenn dem in der Realität nicht so ist. Es gibt mehrere Gebiete, wo ein einziger Brunnen ganze Landstriche mit bestem Grundwasser als „nitratbelastet“ ausweist. Kein Landwirt will Geld dafür ausgeben, das Grundwasser zu düngen. Mit ausgetüftelten Düngemethoden und Nitratkontrollen wird seit Jahren erfolgreich die Effektivität der Düngung verbessert, also mit weniger Dünger mehr Pflanzenmasse erzeugt. Dem sind speziell auf leichten Böden über Gestein enge Grenzen gesetzt, da schon ein heftiges Gewitter das Regenwasser sehr tief einsickern lassen kann. Der WWF, eine der vielen Organisationen, die als Vorfeldorganisation der Grünen mit dogmatischer Argumentation betrachtet werden kann, - wie früher die Gewerkschaften für die SPD und die Kirchen und Verbände für die CDU/CSU - startete eine Kampagne, die auch das Grundwasser um Hannover als „Nitratbrühe“ titulierte. Die Stadtwerke wiesen das zurück.<sup>66</sup>

### 9.1.2) Der EU-Nitratbericht ist die Sammlung der Berichte der EU-Länder

Der im Mai 2018 von der EU-Kommission veröffentlichte EU-Nitratbericht 2016<sup>67</sup> ist nur eine Zusammenfassung der von den EU-Ländern gelieferten, nationalen Nitratberichte. Es konnte für Deutschland also nichts Anderes drinstehen, als in dem im Dezember 2017 schon veröffentlichten deutschen Teil dieses Berichtes. Trotzdem gelang es einigen Abgeordneten der Grünen, den EU-Nitratbericht 2016 als „exklusive Vorabinfo“ vor dem Veröffentlichungstermin mit der Sprachregelung „Der EU-Bericht bestätigt die hohe Belastung von Grundwasser durch Nitrate aus der Intensiv-Tierhaltung“ in die Medien zu bekommen.<sup>68</sup> Dass rund die Hälfte der „hohen Nitratbelastungen“ in viehlosen oder vieharmen Gebieten zu finden ist, wird prinzipiell verschwiegen und dass die gleichen Argumente auch schon Dezember zu lesen waren, ebenfalls. Wiederholungen festigen die Narrative. In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Meiwald, Annalena Baerbock, Harald Ebner und weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die „Gewässerbelastung in Deutschland“ Bundestags- Drucksache 18/5749 vom 26.08.2015 führen wie immer die de facto viehlosen Weinbaugebiete in Rheinland-Pfalz mit weitem Abstand die Tabelle einzelner Messstellen mit den höchsten Nitratbelastungen in Grundwasserkörpern an (318 und 224 mg Nitrat/l)<sup>69</sup>. In dem Zusammenhang wollten die Grünen noch entdeckt haben, dass die Trinkwasserpreise in Deutschland seit 2005 um 25% gestiegen seien, vor allem wegen „Gülle, Pestiziden und Medikamenten in der Agrarindustrie“<sup>70</sup>. Diese 25% wären für die 13 Jahre kaum mehr als die normale Teuerung, hauptsächlich verursacht durch Strompreissteigerung (+63%) und verschärfte Vorschriften, wofür eine Ökopolitik mitverantwortlich ist. Da sich die Grünen bei der Berechnung der Wasserpreissteigerungen auf das Statistische Bundesamt beriefen, widersprach das Amt der alarmistisch interpretierten Berechnung.<sup>71</sup> Die Medien korrigierten daraufhin die Zahlen, die falschen Zahlenbeigaben in Form von Schlussfolgerungen und Unterstellungen wurden nicht korrigiert.<sup>72</sup> Der Lizenz für einfache Lügen ist mit komplizierten Fakten schwer zu begegnen. Dass eine alltägliche Nachricht: „25% teurer als vor 13 Jahren“ es als Türöffner für falsche Botschaften überhaupt in die Medien schafft, zeigt eine mangelnde Distanz gegenüber grünen Stichwortgebern.

<sup>66</sup> Vgl.: <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/WWF-haelt-Grundwasser-in-der-Region-Hannover-fuer-eine-Nitratbruehe>

<sup>67</sup> Vgl.: [http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/nitrates\\_directive\\_implementation\\_report.pdf](http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/nitrates_directive_implementation_report.pdf)

<sup>68</sup> Vgl.: <https://www.morgenpost.de/web-wissen/article214241785/Wasser-in-Deutschland-stark-mit-Nitrat-belastet.html>

<sup>69</sup> Vgl.: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/058/1805856.pdf>

<sup>70</sup> Vgl.: <https://www.presseportal.de/pm/57706/3940354>

<sup>71</sup> Vgl.: [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/05/PD18\\_165a\\_611.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/05/PD18_165a_611.html) und <https://uebermedien.de/27820/das-trinkwasserpreis-debakel-der-deutschen-medien/>

<sup>72</sup> Vgl.: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/statistisches-bundesamt-preise-fuer-trinkwasser-1.3975257>

### 9.1.3) Welches Ergebnis hätten's denn gerne?

Wie verschieden die Auslegung der EU-„Vorschriften“ zur Messung des Nitrates im Grundwasser ist, soll die folgende Tabelle zeigen. Sie enthält in den Spalten 2 und 3 die Anzahl Messstationen für die EU-Nitratberichterstattung, angeblich hauptsächlich unter Landwirtschaftsflächen, und in der Spalte 6 die Anzahl der Messstationen für die EU-Umweltberichterstattung der Europäischen Umweltagentur („EUA-Messnetz“), die repräsentative Aussagen für die gesamten Staatsflächen macht. Die Werte der Spalte 6 stammen aus einem EUA-Datenbankruf der Messstationen vom Sept. 2018, sie können sich leicht vom Stand 2016 unterscheiden.

Tabelle 1: EU-Nitratberichterstattung, EU-Umweltberichterstattung für Nitrat, Stickstoffüberschüsse

Spalten Nr. 1	EU-Nitratberichterstattung				EU-Umweltberichterstattung		Landesfläche km <sup>2</sup>	Stickstoff- überschuss pro Hektar Landwirt- schaftfläche <sup>73</sup> kgN/ha 12/15
	Grundwasser- Messstellen "Landwirtschaft" Nitrat <sup>74</sup>		kalkul. Nitrat- gehalt mg/l <sup>75</sup>	Oberfl.- Wasser Mess- stellen <sup>76</sup>	Grundwasser- Messstellen "Staatsgebiet insg." Nitrat <sup>77</sup>	durchschn. Nitratgehalt Grundwasser in mg/l <sup>78</sup>		
	2012	2016	2016	2016	2018	2012		
Deutschland	162	697	21	241	1.181	23,3	357.121	48
Dänemark	1.254	1.201	16	177	1.165	16,7	43.098	56
Niederlande	1.321	1.318	14	850	199	22,7	41.526	93
Belgien	2.974	2.937	17	835	469	29,9	32.545	92
Luxemburg	20	20	20	16	7	34,3	2.586	87
Frankreich	2.509	2.598	12	3.390	2.700	17,6	543.965	26
Österreich	1.965	1.965	13	108	799	23,6	83.879	18
Italien	5.296	5.035	14	3.154	7.870	20,4	301.338	44
Tschechien	611	621	14	1.917	741	19,2	78.866	59
Polen	1.258	1.563	11	2.526	1.163	-	312.685	30

Es gelten für alle EU-Länder die gleichen „Vorschriften“, die aber so verschieden interpretierbar sind, dass Deutschland mit nur 3% bis 15% der Messstellen des kleineren Italiens auskommt. Die Europäische Umweltagentur (EUA) warnt bei Ländervergleichen ihrer Zahlen und Länderkarten aus der EU-Umweltberichterstattung: *„Beim Vergleich der Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten ist Vorsicht geboten, da die Ergebnisse wesentlich durch die Methodik beeinflusst werden, die von einzelnen Mitgliedstaaten angewendet wurde.“*<sup>79</sup> Das ist das Eingeständnis, dass es keine einheitliche Methodik gibt, Ländervergleiche damit statistisch und wissenschaftlich wertlos sind. Die EU-Kommission hat in ihrer „EU-Nitratberichterstattung“ diese Hinweise bis 2012 nicht gebracht, obwohl die EU-Nitratberichte methodisch noch weniger vergleichbar sind als die Nitratzahlen aus der EU-Umweltberichterstattung.

<sup>73</sup> Vgl. Seite 79, Tabelle 23 in [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:dab860df-4f7e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC\\_5&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:dab860df-4f7e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_5&format=PDF)

<sup>74</sup> Vgl.: Tabelle 1 Seite 13 in [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:dab860df-4f7e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC\\_1&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:dab860df-4f7e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF) und Originalwerte für Deutschland 2012 in Tabelle 6 Seite 12 in [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:73d84fad-2f28-11e3-8d1c-01aa75ed71a1.0001.05/DOC\\_2&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:73d84fad-2f28-11e3-8d1c-01aa75ed71a1.0001.05/DOC_2&format=PDF)

<sup>75</sup> Berechnet aus der Verteilung der Gehaltsklassen, da Durchschnittswerte nicht oder ungern veröffentlicht werden; Keckl

<sup>76</sup> Vgl. Ländertabellen in [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:dab860df-4f7e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC\\_8&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:dab860df-4f7e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_8&format=PDF) und [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:dab860df-4f7e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC\\_9&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:dab860df-4f7e-11e8-be1d-01aa75ed71a1.0001.02/DOC_9&format=PDF)

<sup>77</sup> Vgl.: Access-Stationen-Datenbank, es ist nur der aktuelle Stand abrufbar, aber die Stationen wechseln nicht oft: [https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/data/waterbase-groundwater-10/waterbase-groundwater-5-tables/waterbase-groundwater-microsoft-access-database-file/at\\_download/file](https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/data/waterbase-groundwater-10/waterbase-groundwater-5-tables/waterbase-groundwater-microsoft-access-database-file/at_download/file)

<sup>78</sup> Vgl.: <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/indicators/nutrients-in-freshwater/nutrients-in-freshwater-assessment-published-6>

<sup>79</sup> Vgl.: <https://www.eea.europa.eu/de/highlights/die-europaeischen-gewaesser-werden-sauberer>

Nach erheblicher Kritik an solchen Ländervergleichen im Nitratbericht 2012 sollte die deutsche EU-Nitratberichterstattung 2016 mit denen anderer EU-Länder vergleichbar gemacht werden, zumindest verkündete man das der Presse. Auf die Frage, ob denn nun im EU-Nitratbericht 2016 die Länderdaten vergleichbar sein werden, antwortete der zuständige Vertreter des Umwelt-Bundesamtes im November 2017 auf einer Sachverständigentagung mit einem knappen, klaren „Ja“<sup>80</sup>. Dem wollten nun die EU-Umweltbeamten erstmals nicht mehr folgen und schrieben im Mai 2018 im EU-Nitratbericht 2016, dass die Vergleichbarkeit der Daten zwischen den Mitgliedstaaten durch Unterschiede in den Überwachungsnetzen und -strategien „begrenzt“ wäre. Auf Seite 4 ist auch zu lesen warum, weil: *„die Nitratrichtlinie bestimmte allgemeine Überwachungsbestimmungen festlegt, liegt die Festlegung des Überwachungsprogramms und der Überwachungsstrategie (Standort der Stationen, Netzdichte, Häufigkeit und Zeitpunkt der Probenahme usw.) in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt.“*<sup>81</sup> Auf Seite 6 des EU-Nitratberichtes 2016 ist nun zusammenfassend zu lesen: *„Die Vergleichbarkeit der Werte der Mitgliedsstaaten ist jedoch begrenzt durch die Unterschiede in den Messnetzen und die Messstrategien.“* Das ist wieder das Eingeständnis, dass es auch innerhalb der EU-Nitratberichterstattung keine einheitliche Methodik gibt, die Ländervergleiche damit statistisch und wissenschaftlich ebenfalls wertlos sind.

#### 9.1.4) Deutschland von eigenen Beamten vorgeführt und schlechtgemacht

Auch statistisch wertlose Mondzahlen eignen sich für politisch-erzieherische Zwecke, für die sie letztlich teuer und trickreich unter Vortäuschung von wissenschaftlicher Statistik-Einheitlichkeit erhoben wurden. Im EU-Nitratbericht von 2012 war extrem aufgefallen, dass 50,9% der deutschen Messstellen über dem Grenzwert von 50 mg/l Nitrat lagen, während in vergleichbaren Gebieten rund um Deutschland der Anteil bei 11,9% lag<sup>82</sup>. Dieser deutsche Sonderwert schlug damals Wellen, weil die EU-Umweltbeamten diese „Grenzwertüberschreitungen“ nutzten, um Deutschland als Land mit extrem verschmutztem Grundwasser anzuprangern, was weitab jeder gesamteuropäischen Realität ist.<sup>83</sup> Eine besondere Bedeutung erlangte hier eine grafische Gegenüberstellung der EU-Länder, wo Deutschland vor Malta auf dem schlechtesten Platz hinsichtlich der Grundwasserqualität landete, die sogenannte „Malta-Grafik“.<sup>84</sup>

Nun war die Aufmerksamkeit so hoch, dass der breiteren Öffentlichkeit eine heftige Kritik an diesem Vergleich, Schlagzeile: „Die EU-Nitratlüge“<sup>85</sup>, bekannt wurde, ohne dass dem jemand fachlich widersprechen konnte. Der Vergleich wurde dann auch in etlichen Parlamentsanfragen als unhaltbar bezeichnet.<sup>86</sup> Es wurde erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, dass bis 2012 die deutschen Nitratwerte für das Grundwasser völlig anders, aber noch EU-legal, gemessen wurden, als im Rest der EU - mit dem Ergebnis extrem schlechter Werte für Deutschland nur wegen der Messmethoden. In Deutschland

---

<sup>80</sup> Tagung des Sachverständigen-Kuratoriums für Landwirtschaft u.a., Kassel 10.11.2017, UBA-Vertreter Dr. Rüdiger Wolter

<sup>81</sup> Vgl.: EU-Nitratbericht 2016, Seite 6, ZITAT: „There are large differences between Member States: Ireland, Finland and Sweden had in average almost no groundwater stations exceeding 50 mg/l. On the contrary, in Malta, Germany and Spain respectively, 71%, 28% and 21.5% of groundwater stations on average exceeded 50 mg nitrate per litre. However, the comparability of data between Member States is limited by differences in the monitoring networks and strategies. ZITAT ENDE. Und auf Seite 4 steht auch warum, ZITAT: „While the Nitrates Directive sets certain general provisions on monitoring, the definition of the monitoring programme and strategy (location of stations, network density, frequency and timing of sampling, etc.) is the responsibility of Member States.“ ZITAT ENDE [http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/nitrates\\_directive\\_implementation\\_report.pdf](http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/pdf/nitrates_directive_implementation_report.pdf)

<sup>82</sup> Vgl.: Tabelle 9, letzte Spalte in [https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:73d84fad-2f28-11e3-8d1c-01aa75ed71a1.0001.06/DOC\\_3&format=DOC](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:73d84fad-2f28-11e3-8d1c-01aa75ed71a1.0001.06/DOC_3&format=DOC)

<sup>83</sup> Vgl.: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-947\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-947_en.htm)

<sup>84</sup> Vgl.: Seite 6 in <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0683:FIN:DE:PDF>

<sup>85</sup> Vg.: <https://www.agrarheute.com/heftarchive/dlz/download/13842>

<sup>86</sup> Vgl.: Seite 6/7 „Die von der Kommission vorgenommene Gesamtschau der Messergebnisse aller Mitgliedstaaten („Malta-Grafik“) ist in jedem Fall fachlich nicht gerechtfertigt, weshalb sie hier nicht aufgeführt wird.“ in [https://www.landtag-niedersachsen.de/ps/tools/download.php?file=/ltnnds/live/cms/dms/psfile/docfile/27/17\\_753258bd593ad3bff.pdf&name=17-7532.pdf&disposition=attachment](https://www.landtag-niedersachsen.de/ps/tools/download.php?file=/ltnnds/live/cms/dms/psfile/docfile/27/17_753258bd593ad3bff.pdf&name=17-7532.pdf&disposition=attachment)

wurden die Nitratmessstellen für den Nitratbericht so vorausgesucht, dass nur schlechtesten, also die mit den höchsten Nitratwerten, gemeldet wurden, während andere Länder keine solche Vorauswahl in Richtung „Belastungsmessnetz“ vornahmen. Die EU-Umweltbeamten wußten, dass die deutschen Werte nur wegen der einseitigen Messstellenauswahl so schlecht waren und die deutschen Umweltbeamten wußten, dass die EU diese Ländervergleiche seit 20 Jahren immer anstellt. Außerdem ist aufgefallen, dass in Deutschland nur Werte von 162 Messstellen für den Nitratbericht 2012 gemeldet hat, während das etwa gleichgroße Italien die Werte von 5296 Messstellen lieferte und Belgien, das im flämischen Landesteil erhebliche Nitratprobleme hat, 2974.

Weil die EU-Kommission aber auf Ländervergleiche nicht verzichten wollte, mußte Deutschland sein „Messnetz“ anpassen, wollten sich die Umweltbeamten nicht ständig als „EU-Nitratlügner“ bezeichnen lassen. Schon wetterten die Grünen, die Werte sollten „schöngerechnet“ werden.<sup>87</sup> Unter dem Druck erfolgte nun die Messstellenauswahl wieder nicht nach statistischen Prinzipien, sondern nach politischen Vorgaben. Eine neutrale Messstellenauswahl nach einem statistischen Messnetz hätte bedeutet, dass so niedrige Werte wie in den Nachbarländern gemessen worden wären, der politische Druck wegen besonders schrecklicher deutscher Werte also nachgelassen hätte. Das durfte nicht sein, darum wurde politisch entschieden, dass alle 162 Messstellen mit vorausgesucht schlechten Nitratwerten im Messnetz verbleiben und nur so viele Messstellen mit geringeren Nitratwerten aufgenommen werden, wie nötig sind, um Deutschlands Spitzenposition mit dem zweithöchsten Anteil an Messstellen mit mehr als 50mg Nitrat erhalten zu können. Deswegen erhöhte man die Anzahl der deutschen Messstellen für die EU-Nitratberichterstattung in 2016 nur auf nur 697 Messbrunnen, was im EU-Vergleich immer noch extrem wenig ist, siehe Tabelle 1, Spalte 3. Hätte man ein Messstellennetz wie in den Nachbarländern angestrebt, brauchbare Messstellen gäbe es in Deutschland um die 11.000, hätte sich der Anteil der „schlechten“ Messstellen noch weiter verdünnt. Politisch als Waffe einsetzbar ist nur der Anteil der Grenzwertüberschreitungen, also Extremwerte, davon sollten viele erhalten bleiben. Eine Normalverteilung um den, stets recht niedrigen (10 bis 25mg/l), darum meist verschwiegenen, Mittelwert der Nitrat-Messstellen wird von der deutschen Brunnenauswahl immer noch auf den Kopf gestellt, siehe Tabelle 2. Die EU hat im EU-Nitratbericht 2016 auch alle deutschen Grundwasserwerte aus dem EU-Nitratbericht 2012 an die veränderte Messstellenauswahl angepasst, bringt also gänzlich andere Zahlen für 2012 als EU-Nitratbericht 2012 original stehen, ohne in der Veröffentlichung dieses veränderte deutsche „Messstellendesign“ samt neuer Zahlen zu erwähnen!

Tabelle 2: EU-Nitratberichterstattung 2016, Anteil der Messbrunnen nach Nitrat-Höhe

Land	Anteil der Nitratklassen mg/l 2016		
	bis 25 mg	25-50 mg	über 50 mg
DE 2012	8,2	40,8	50,9
DE 2016	49,2	22,8	28,0
DK	67,3	16,2	16,6
NL	78,9	9,4	11,8
BE	61,5	22,6	15,9
UK	61,8	25,6	12,6
FR	49,9	37,7	12,4
IT	72,0	16,9	11,1
AT	75,3	16,5	8,1
CZ	76,2	12,3	11,6
PL	85,8	8,7	5,6
EU	68,7	18,1	13,2

<sup>87</sup> Vgl.: SPIEGEL 35/2015, Seite 9: „Nitratbelastung soll geschönt werden“



Als Ergebnis der „Messstellenoptimierung“ schnitt Deutschland im EU-Nitratbericht 2016 wieder sehr schlecht ab, wieder auf dem vorletzten Platz neben Malta,<sup>88</sup> was wegen der politisch vorgegeben Messstellenauswahl auch so zu erwarten war.<sup>89</sup> Der repräsentative Nitrat-Mittelwert für Deutschland im Messnetz der Europäischen Umweltagentur (EUA) sollte möglichst nicht erhöht werden, auch wenn für die Landwirtschaftsflächen alle extrem belasteten Messstellen des bis 2012 sogenannten „Nitrat-Belastungsmessnetzes“ zu übernehmen waren. Um nun den Überhang an belasteten Messstellen aus dem alten Nitrat-Belastungsmessnetz auszugleichen, wurden just so viele weniger belastete Messstellen aufgenommen, bis ein zu großer Sprung im EUA-Messnetz vermieden wurde. Durch die wieder EU-einmalige Teilung des Messnetzes in ein Messnetz für die Gesamtfläche für die EU-Umweltberichterstattung und eines Messnetzes für die Landwirtschaftsfläche für die EU-Nitratberichterstattung, hatte man wieder im EU-Vergleich eine sehr hohe Belastung des Grundwassers unter Landwirtschaftsflächen, war wieder nahe bei „Malta“, wie schon 2012.<sup>90</sup>

#### 9.1.4) Unfehlbarkeit braucht keine kritischen Nachfragen

Eine Agrarzeitschrift fragte die damalige Bundesumweltministerin Hendricks, wie denn ein Ergebnis ohne die extra ausgewählten „Belastungsbrunnen“ 2012 bis 2014 ausgesehen hätte. Darauf antwortete die Ministerin, das bedürfte einer „aufwändigen Datenauswertung und kann daher derzeit nicht erfolgen“.<sup>91</sup> Mit der modernen Computertechnik sind für Datenbankexperten solche Abfragen eine Minutensache. Die Aufnahme der hoch belasteten 162 „Nitratbrunnen“ auch in das Netz der Brunnen für die EU-Umweltberichterstattung konnte nicht ganz durch die gleichzeitige Aufnahme gering belasteter Brunnen für den langjährigen Vergleich der Ergebnisse zeitreihen-kontinuierlich gestaltet werden. Es ergab sich ein kleiner Sprung beim Anteil der Brunnen über dem 50mg-Grenzwert von 14,3% für 2008-2011 auf 18,1% für 2012-2014.<sup>92</sup> Das verleitete Frau Höhn von der Bundestagsfraktion der Grünen im November 2017 die Schlagzeile, „Nitratgehalt im Grundwasser drastisch gestiegen“ in den Medien anzuregen.<sup>93</sup> Weder das Umweltministerium (BMU) noch die Umwelt-Bundesamt (UBA) klärten auf, dass das nur eine Effekt der anderen Brunnenzusammenstellung ist, wie das im deutschen Nitratbericht auf Seite 49 zwei Monate später zu lesen war (ZITAT: „*Nach der Anpassung des EUA-Messnetzes ergibt sich, dass im Zeitraum von 2008/2011 an 18,3 % aller Messstellen die Qualitätsnorm von 50 mg/l Nitrat überschritten wird. Im alten EUA-Nitratmessnetz lag der entsprechende Anteil mit Nitratgehalten von mehr als 50 mg/l nur bei 14,3 %. Diese Veränderung ist allerdings nicht auf eine erhöhte Nitratbelastung zurückzuführen. Sie ergibt sich vielmehr aus einer optimierten Messstellenauswahl in den Bundesländern und der daraus resultierenden verbesserten Datenlage*“ ZITAT ENDE). Das alte EUA-Messnetz wurde von Wasserfachleuten in noch weniger eifernden Zeiten erstellt, war anerkannt repräsentativ für Deutschland für die EU-Umweltberichterstattung. Weiters argumentierten BMU und UBA, über das neu gestaltete Nitrat-Messnetz für Landwirtschaftsflächen als Teil des Gesamt-Flächenmessnetzes für die EU-Umweltberichterstattung (EUA-Messnetz) wären jetzt die deutschen Ergebnisse mit denen der anderen Länder vergleichbar. Davon kann keine Rede sein. In den meisten Ländern ist das EUA-Gesamtmessnetz so groß wie das

<sup>88</sup> Vgl.: <https://www.zeit.de/news/2018-05/09/eu-bericht-grundwasser-mit-nitrat-belastet-180509-99-232945>

<sup>89</sup> Vgl.: „Soweit möglich sollten die alten EUA- und EU-Nitratmessstellen, die dem ersten bis fünften Nitratbericht zugrunde lagen, in das neue Messnetz übernommen werden. Um den Überhang an belasteten Messstellen aus dem alten Belastungsmessnetz auszugleichen sowie um die unterschiedliche Verteilung der Landnutzung in den einzelnen Bundesländern ausreichend abbilden zu können, wurde die Anzahl der Messstellen im Gesamtmessnetz von ca. 800 auf 1200 Messstellen erhöht.“ Siehe: <https://www.topagrar.com/Nitratbericht-So-haben-wir-nachgerechnet-7772994.html>

<sup>90</sup> Vgl.: <https://www.tagesschau.de/inland/grundwasser-101.html> und <https://www.morgenpost.de/web-wissen/article214241785/Wasser-in-Deutschland-stark-mit-Nitrat-belastet.html>

<sup>91</sup> Vgl.: <https://www.topagrar.com/Nitratbericht-So-haben-wir-nachgerechnet-7772994.html>

<sup>92</sup> Vergleich Abb. 28 und Abb. 25 im deutschen Nitratbericht 2016: [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Binnengewasser/nitratbericht\\_2016\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/nitratbericht_2016_bf.pdf)

<sup>93</sup> Vgl.: (Frau Höhn argumentiert mit einem Wert von 2015 auf Basis des alten Netzes und verglich dem mit dem neuen Netz) <http://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/eu-reicht-angekündigte-nitrat-klage-gegen-deutschland-ein-14516610.html> und <http://www.noz.de/deutschland-welt/gut-zu-wissen/artikel/775774/nitratbelastung-des-grundwassers-in-deutschland-nimmt-zu>

„Nitratmessnetz“ oder sogar kleiner, siehe Tabelle 1, Spalten 3 und 6. Die meisten Staaten liefern also weiter die Landes-Durchschnittswerte der EUA-Nitratbelastung an die EU für die EU-Nitratberichterstattung - und die meisten „messen“ wohl eher in Richtung niedrige Werte. In den BE-NE-LUX-Ländern und Österreich ist das „EUA-Gesamtmessnetz“ sogar kleiner als angebliche Nitrat-„Teilmessnetz“. Die Berichterstattung für die Europäische Umweltagentur hat nicht die politische und regulatorische Bedeutung wie die EU-Nitratberichterstattung.

## 9.2) Ist die Stadtluft in München schlechter als in Athen?

Die BILD-Zeitung brachte am 31.03.2018 einen Artikel unter der Schlagzeile: „Diesel-Abgase: Sind wir die Mess-Deppen der EU?“<sup>94</sup> In dem Artikel wurden die Standorte der Luftmessstationen in Deutschland mit denen in anderen EU-Ländern verglichen. Die Kritik an der deutschen Standortwahl ist schon alt, aber mit der BILD stieg erstmals ein breitenwirksames Medium in das Thema ein. Plötzlich schlug die Berichterstattung Wellen.<sup>95</sup> Prompt bestätigte eine Allianz aus Umweltbürokraten, dass die Messgeräte „korrekt aufgestellt“ seien und lenkten so von ihren EU-uneinheitlichen Messmethoden ab, denn es ging in dem BILD-Artikel nicht darum, ob die Messstationen, wie der SPIEGEL treuherzig meldete, „den Vorgaben gemäß aufgestellt“ sind oder „korrekt arbeiten“,<sup>96</sup> sondern darum, ob die Vorgaben so viel Spielraum lassen, dass die Werte der EU-Länder nicht mehr vergleichbar sind! Die deutschen Umwelt-Bürokraten nützen alle Möglichkeiten, die EU-Vorgaben zur Messstellenauswahl extrem in Richtung „schlechte Messwerte“ auszulegen. Die Vorgaben sind tatsächlich so variabel, dass sie für Rom oder Athen, schon gegen den Geruchssinn, eine bessere Luft als für München ausweisen.

Am 3. Mai 2018 schrieb der EU-Umweltkommissar Vella dem EU-Abgeordneten Norbert Lins (CDU) auf eine Anfrage zur Standortvergleichbarkeit: „Die Kommission stellt fest, dass die Schwierigkeiten bei der Überwachung der Luftqualität in erster Linie darauf zurückzuführen sind, wie die nationalen Behörden den in der Richtlinie vorgesehenen Ermessensspielraum nutzen.“<sup>97</sup> Wenn alle EU-Messstandorte von unabhängigen Statistikern und Luftexperten auf fachliche Vergleichbarkeit überprüft worden wären, statt von Juristen auf „formale“, wären die unterschiedlichen Vorschrifteninterpretationen in den EU-Ländern aufgefliegen und damit die statistische und wissenschaftliche Wertlosigkeit der Vergleiche verschiedener EU-Länder.

Die deutschen Umweltbürokraten beanspruchen sogar noch Ausnahmeregelungen und erstellen eigene Vorschriften, um die EU-Vorschriften legal noch ein Stück mehr überdrehen zu können. So schreibt die EU-Richtlinie vor, dass der Luftstrom um den Messeinlass in einem Umkreis von mindestens 270° nicht beeinträchtigt werden darf.<sup>98</sup> Aber für Deutschland gilt: „Der Luftstrom um den Messeinlass darf nicht beeinträchtigt werden, das heißt, bei Probenahmestellen an der Bauflucht soll die Luft in einem Bogen von mindestens 270° oder 180° frei strömen.“<sup>99</sup> Eine Luft-Messstation, die von drei Seiten „freien Wind“ hat

---

<sup>94</sup> Vgl.: <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/dieselmotor/sind-wir-die-messdeppen-der-eu-55251200.bild.html>

<sup>95</sup> Vgl.: <https://www.br.de/nachrichten/abgaswerte-der-streit-um-die-messstellen-geht-weiter-100.html> und <https://www.tichyseinblick.de/wirtschaft/mobilitaet/bundesverkehrsministerium-luft-messstellen-werden-ueberprueft/>

<sup>96</sup> Vgl.: SPIEGEL 17/2018 Seite 70 „Messgeräte arbeiten korrekt“ sowie: <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/diesel-fahrverbote-zweifel-an-messungen-zur-luftqualitaet-durch-eu-widerlegt-a-1203993.html>

<sup>97</sup> Vgl. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2018-001526&language=DE> und <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+P-2018-001526+0+DOC+XML+V0//DE&language=de>

<sup>98</sup> Vgl.: EU-Vorschrift zur Messstellenauswahl, RICHTLINIE 2008/50/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa, Anhang III „ Beurteilung der Luftqualität und Lage der Probenahmestellen für Messungen von Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxiden, Partikeln (PM10 und PM2,5), Blei, Benzol und Kohlenmonoxid in der Luft, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008L0050&from=DE>

<sup>99</sup> Aus der „Neununddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen (39. BImSchV) Anlage 3 (zu den §§ 2, 3, 13, 14 und 21), Beurteilung der Luftqualität und Lage der Probenahmestellen für Messungen von Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxiden, Partikeln

(270°) liefert andere Werte als eine an die Hausfront geklatschte (180°) und womöglich noch in eine Straßenflucht gestellte, wie hier in Hannover in der Göttinger Straße am 4-spurigen Stadtring in der engsten Häuserschlucht des Stadtrings, zwischen dem HANOMAG-Gebäude und den Häusern unmittelbar gegenüber.<sup>100</sup> Was unter „frei strömen“ verstanden werden kann, ist offensichtlich sehr verschieden. Unmittelbar an der Messstation ist eine Fußgängerampel mit Stop and Go-Verkehr und ca. 25m davon entfernt eine der verkehrsreichsten Innenstadtkreuzungen („Deister-Kreisel“) mit Rückstau bis zur Messstation direkt am Straßenrand. Welche Abstände zum Fahrbandrand und welche Abstände zu welcher Art von Kreuzungen gelten, ist Interpretation der EU-Länder. Ob ich eine Messung 10 Meter oder 0 Meter neben dem Fahrbahnrand mache, im Rückstau von Großkreuzungen oder Fußgängerampeln, das ist der Spielraum, das hat Einfluss auf die Messergebnisse.

Vergleicht man die Gesetzestexte der EU und die Umsetzung in das deutsche Gesetz, kann nicht von einer 1:1 – Anwendung der EU-Vorschriften reden, wie das das Bayerische Landesamt für Umwelt in einer Pressemitteilung dreist behauptet: „Das Bundesrecht setzt die Vorgaben der EU-Richtlinie 1:1 um und hat keine Festlegungen, die über die EU-Vorgaben hinausgehen.“<sup>101</sup> Claus Kumutat, Präsident des bayerischen Landesamtes für Umwelt, behauptete gegenüber dem BR „Wir garantieren für die Werte, die wir an unseren Luftmessstationen messen. Alle unseren 54 Stationen entsprechen den rechtlichen Vorgaben der 39. Bundesemissionsschutzverordnung und die wiederum ist eine Eins-zu-Eins-Umsetzung der EU-Richtlinien. Darauf kann sich jeder verlassen.“<sup>102</sup> – was ihm aber nicht mal der BR glaubte. In einem Landtagsdokument aus NRW vom 30.04.2018 ist nun von der dortigen Ministerialbürokratie zu lesen: „Die Problematik der rechtskonformen Aufstellung von Messstationen nach den europäischen Vorgaben stellt sich bundesweit. Die Verkehrsministerkonferenz hat bei ihrer Frühjahrstagung am 20. April 2018 in Nürnberg die Anregung des Bundesverkehrsministeriums zu einer koordinierten bundesweiten Validierung der Messstationen nach einheitlichen Kriterien ausdrücklich begrüßt.“<sup>103</sup> Aber, nochmals, es geht nicht um eine „rechtskonforme Aufstellung“, es geht nicht um eine 1:1 Umsetzung von „Vorschriften“ – es geht um die statistisch vergleichbare, reale, Aufstellung der Messstationen in allen EU-Ländern! Nur so könnten seriös vergleichbare Ergebnisse geliefert werden, was wegen der ganz einheitlichen Konsequenzen, die diese Messungen haben, auch nötig ist! Winkeladvokatorische Ablenkungstricks sind hier nicht sachgerecht. Mit diesem statistischen EU-Zahlenschrott geht die EU-Kommission nun dreist vor den EU-Gerichtshof und verklagt mal wieder einige Mitgliedsstaaten „im Dienste für die Bürger“.<sup>104</sup> Die gut abgestimmten Vorgehensweisen von Umweltbürokratie, den NGO's als grüne Vorfeldorganisationen, den Grünen und ihrer wissenschaftlichen Zulieferindustrie, hysterisiert sogar Ängste vor Todesursachen, die noch nie in einem Totenschein standen, sogenannte Diesel-Tote.<sup>105</sup>

## 10 Artenschutz vor Menschenschutz

Nun könnte man der Meinung sein, etwas Übertreibung und Fälschen für den guten Zweck kann nicht schaden, so wird der Gesetzgeber schneller zu den „richtigen“ Gesetzen getrieben. Die große Gefahr bei einer tendenziösen Informationspolitik, für die das Umweltministerium in Form einer „Konzentration auf

---

(PM10 und PM2,5), Blei, Benzol und Kohlenmonoxid in der Luft“, siehe [http://www.gesetze-im-internet.de/bimschv\\_39/anlage\\_3.html](http://www.gesetze-im-internet.de/bimschv_39/anlage_3.html)

<sup>100</sup> Vgl.: <https://www.luen-ni.de/Downloads/panorama/HRVS/start.html>

<sup>101</sup> Vgl.: [https://www.lfu.bayern.de/pressemitteilungen/pdf/09\\_18.pdf](https://www.lfu.bayern.de/pressemitteilungen/pdf/09_18.pdf)

<sup>102</sup> Vgl.: <https://www.br.de/nachrichten/abgaswerte-der-streit-um-die-messstellen-geht-weiter-100.html>

<sup>103</sup> Vgl.: <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2509.pdf> und <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/deutschland-verkehrsminister-lassen-stickoxid-messstationen-nozwei-ergebnisse-ueberpruefen-100.html>

<sup>104</sup> Vgl.: [http://www.europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-14-2130\\_de.htm](http://www.europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-2130_de.htm)

<sup>105</sup> Vgl.: DIESEL <http://www.keckl.de/texte/Dieselgipfel%20oder%20Schauprozess.pdf> und Stuttgarter Nachrichten, Lobbyismus: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.lobbyismus-auf-ein-mittagessen-mit-dem-staatssekretaer.7e9eba50-1161-48fa-972f-e96c9060b6c1.html> und <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.einflussreiche-einfluesterer-das-netzwerk-der-dieselgegner.53bcd86-b4b0-410b-923b-444f3eafdcbf.html> und SPIEGEL <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/dieselgate-2-die-erfundenen-toten-a-1198225.html>

*eindeutige Botschaften*“ Sympathie zeigt<sup>106</sup>, ist langfristig der Verlust der Glaubwürdigkeit und das Schüren von Hysterien. Man kann für die Artenschutzkampagne sehr gut zeigen, wie sie sich durch eine immer hysterischere Berichterstattung zur menschenfeindlichen Ideologie verselbständigt hat: Artenschutz vor Menschenschutz!

Drei Träger des Friedensnobelpreises, unter ihnen Erzbischof Desmond Tutu, unterschrieben 2005 eine wütende Petition, die den Einsatz von DDT zur Malariabekämpfung in Häusern forderte, wenn nationale Mediziner das für nötig erachteten.<sup>107</sup> In der Petition wird beklagt, dass wegen einer betrügerischen Wissenschaft, Inkompetenz und Realitätsverweigerung alle fünf Jahre mehr Kinder qualvoll an Malaria sterben, als Menschen dem Holocaust zum Opfer gefallen sind.<sup>108</sup> Mit „betrügerischer Wissenschaft“ meinten die Unterzeichner die Übertreibung der Gefahren des DDT im Verhältnis zu seinem Nutzen. Nach Ansicht der US-Akademie der Wissenschaften hat das Insektizid DDT<sup>109</sup> rund 500 Millionen Menschen das Leben gerettet, weil es sie vor Malaria und anderen durch Stechmücken u.a. Insekten übertragbare Krankheiten bewahrt hat.<sup>110</sup> Es gibt Milliarden Menschen, die durch Insektenstiche an Malaria, Typhus, Zika, Gelbfieber, Chikungunya, Denguefieber, West-Nil-Fieber, Schlafkrankheit, Fleckfieber, Pest und Borelliose gestorben sind, aber es gibt nicht ein einziges Grab eines Menschen, der an der sachgemäßen DDT-Anwendung zur Malariaphylaxe gestorben wäre. Seit den 70er Jahren kam das DDT immer mehr in Verruf, der Einsatz wurde immer mehr eingeschränkt. In Ländern, in denen mittels DDT die Malaria mücken ausgerottet wurden, war das kein Problem, aber auch in Ländern mit virulenten Erkrankungsgeschehen sollte das umgesetzt werden. Nun gab es aber keinen gleichwertigen Ersatz, die Malaria breitete sich vor allem in Afrika wieder aus. Trotzdem übten die Umweltschützer über die Industrieländer immer mehr Druck aus, vor allem wirtschaftlichen Druck über die Gewährung von Entwicklungshilfe, den DDT-Einsatz im Interesse der Natur zu beenden. Im Stil der Planwirtschaft wurde nun auf einer internationalen Konferenz in Stockholm 2004 das Ziel vorgegeben, international den Einsatz von DDT zu beschränken, langfristig zu beenden, bzw. durch weniger langlebige Insektizide zu ersetzen.<sup>111</sup> DDT durfte nur noch über zu stellende Ausnahmeanträge<sup>112</sup> zur Malariaphylaxe eingesetzt werden, was vielen armen afrikanischen Staaten als Bevormundung, Gängelung und Nötigung durch die ehemaligen Kolonialherren und Rassisten erschien. Wenn sie den DDT-Einsatz meldeten, mußten sie mit NGO-Kampagnen und Liebesentzug bei der Entwicklungshilfe rechnen, was zu Vermeidungsstrategien führte.

---

<sup>106</sup> Siehe: Auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums ist diese Empfehlung zur konsensualen Informationspolitik zu lesen: „Aufklärung und Information vorantreiben: Eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit sowie eine verständliche Information über Handlungsoptionen des Einzelnen seien unverzichtbar. Dabei stelle die Komplexität der Thematik eine besondere Herausforderung dar. Notwendig sei eine Konzentration auf eindeutige Botschaften, welche die unmittelbare Betroffenheit des Einzelnen insbesondere bei den Kernthemen Wasser und Luft betonten.“

<https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit-internationales/nachhaltige-entwicklung/stickstoffminderung/>

<sup>107</sup> Vgl.: <http://www.truevaluemetrics.org/DBpdfs/Health/Malaria/KMMN%20-%20Declaration%20-%20Africa%20Update%20June%202007.pdf> und <https://www.aapsonline.org/nod/newsofday228.php> und <https://www.heartland.org/news-opinion/news/bishop-tutu-joins-call-to-fight-malaria-with-ddt>

<sup>108</sup> „It is fraudulent science, incompetence and adamant refusal to face reality – rather than deliberate, calculated murder – that has spawned and perpetuated this slaughter. But the death toll equals or exceeds that of the Holocaust (6 million men, women and children) every five years. Since the ban on DDT was first implemented, the body count has surpassed that of all World War II.“

<sup>109</sup> Vgl.: <http://www.chemie.de/lexikon/DDT.html>

<sup>110</sup> Vgl.: <https://www.cato.org/publications/commentary/bring-back-ddt>

<sup>111</sup> Vgl.: <http://chm.pops.int/TheConvention/ThePOPs/AllPOPs/tabid/2509/Default.aspx> und <http://chm.pops.int/Implementation/PesticidePOPs/DDT/Overview/tabid/378/Default.aspx>

<sup>112</sup> Vgl.: <http://chm.pops.int/Implementation/Exemptions/AcceptablePurposes/AcceptablePurposesDDT/tabid/456/Default.aspx> und <http://chm.pops.int/Portals/0/download.aspx?d=UNEP-POPS-EXEM-NOTIF-DDT-Zimbabwe.En.pdf> und <http://chm.pops.int/Portals/0/download.aspx?d=UNEP-POPS-EXEM-NOTIF-DDT-Botswana.En.pdf>

Tabelle 3: Malariatote weltweit<sup>113</sup>

Malaria Tote weltweit	Insgesamt	davon Kinder unter 5 Jahren
1980	994. 530	575. 983
1990	1.153. 247	718. 219
2000	1.630. 963	1.002. 279
2010	1.238. 107	713. 849

DDT wurde schon 1874 synthetisiert, aber erst 1939 entdeckte man die Wirkung auf Insekten. Der Schweizer Wissenschaftler Paul Müller erhielt 1948 den Nobelpreis für diese Entdeckung. Wegen seiner Langzeitwirkung auf die Insekten und der Anreicherung im Fettgewebe war es richtig, das langsam abbaubare DDT nach der Ausrottung der Malaria-Mücken als landwirtschaftliches Total-Insektizid vorsichtshalber ab 1970 in immer mehr Ländern zu verbieten<sup>114</sup>. Man hatte nun auch schneller abbaubare und gezielter wirkende, teurere Mittel. Die Kampagne gegen das DDT geriet aber so aus dem Bereich des Rationalen, dass auch ein Fast-Verbot von DDT für die Malaria-Mückenbekämpfung durchgesetzt wurde, was von der WHO 2006 wieder etwas gelockert wurde<sup>115</sup>, nachdem die Todesraten bei immer weniger DDT von 1980 bis 2004 stiegen<sup>116</sup>, immer mehr Länder ernste Probleme in ihren Gesundheitseinrichtungen und mit den Medizinerinnen bekamen. Für die Malariaphylaxe werden Minimengen von DDT zur Anwendung in den Häusern der Menschen benötigt, was keinerlei relevanten Schaden für Natur verursacht, aber die Menschen, vor allem Kinder, vor einem qualvollen Tod bewahrt.

Die Ärzte, Wissenschaftler und Politiker in Afrika müssen sich heute von Europäern, z.B. unseren Ministerien, dem UBA oder deutschen NGO's, nicht mehr sagen lassen, wie sie ihre heimischen Massenkrankheiten bekämpfen müssen<sup>117</sup>. Wir können es uns leisten, auf das spottbillige DDT zu verzichten, andere nicht. Es ist anmaßender Kolonialstil, wenn unser Entwicklungshilfeministerium unter dem anbietenden Schlagwort „Marshallplan mit Afrika“ zur Malariabekämpfung schreibt: *„Weil außerdem bekannt ist, dass DDT gefährliche Langzeitwirkungen hat, unterstützt Deutschland allenfalls äußerst eingeschränkt Maßnahmen mit Verwendung von DDT. Auch das Besprühen der Innenräume mit alternativen Substanzen ist nur unter bestimmten Bedingungen zu empfehlen. Die Wirkung ist unter anderem abhängig von den klimatischen Verhältnissen und konstruktionsbedingten Kriterien wie dem Wandmaterial. Hinzu kommt, dass das großflächige Sprühen der Insektizide die Umwelt übermäßig und unnötig belastet. Die Gesundheitsbelastung für Menschen, die in solchen Räumen leben, ist besonders hoch.“*<sup>118</sup> Es ist grotesk, wenn sich das UBA zum Welt-Malaria-Tag am 25.04.2009 auf einer Pressekonferenz des Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) Fragen zur Anwendung von DDT in Afrika stellt, wo diese Organisation zugleich in einer Broschüre die Staaten, die DDT zum Malariaschutz anwenden,

<sup>113</sup> Quelle: "Global malaria mortality between 1980 and 2010: a systematic analysis" The Lancet, Volume 379, ISSUE 9814, P413-431, February 04, 2012. Die Zahlen dieser Analyse sind höher als die Zahlen der WHO. Es ist ein Standortnachteil für jedes Land, hohe Malariatote zu haben. 42 Millionen Kinder bis 15 Jahre sind von 1980 bis 2010 an Malaria gestorben.

<sup>114</sup> Vgl.: <https://www.thespruce.com/what-is-ddt-history-impacts-1708897> und

<sup>115</sup> Vgl.: <http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2006/pr50/en/> und <https://news.un.org/en/story/2006/09/192252-reversing-its-policy-un-agency-promotes-ddt-combat-scourge-malaria>

<sup>116</sup> Vgl.: Zahlen und Grafiken in <http://www.samj.org.za/index.php/samj/article/viewFile/1885/1206> (Download des Artikels) und <https://www.semanticscholar.org/paper/Prenatal-exposure-to-DDT-in-malaria-endemic-region-Channa-R%C3%B6llin/e862c37f928cca2f1cef934616d433ca71ef7007/figure/0> und

<https://www.aljazeera.com/programmes/lifelines/2014/02/ddts-pesky-proponents-2014228126865738.html> und [https://www.focus.de/gesundheit/news/malariaschutz\\_aid\\_112647.html](https://www.focus.de/gesundheit/news/malariaschutz_aid_112647.html) und <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2002/entscheidung/das-ddt-dilemma>

<sup>117</sup> Vgl.: <https://www.wsj.com/articles/SB118160970924631993> und <https://www.nytimes.com/2004/04/11/magazine/what-the-world-needs-now-is-ddt.html> und <https://www.nytimes.com/2002/12/28/opinion/l-africa-needs-ddt-590258.html> und <https://www.welt.de/politik/article3611631/Verteufeltes-DDT-koennte-Malaria-Tote-verhindern.html>

<sup>118</sup> Vgl.:

[https://www.bmz.de/de/themen/menschenrecht\\_gesundheit/deutsches\\_engagement/Infektionskrankheiten/Malaria.html](https://www.bmz.de/de/themen/menschenrecht_gesundheit/deutsches_engagement/Infektionskrankheiten/Malaria.html)

verurteilt als: „*Staaten am Rande der Legalität*“<sup>119</sup> und im anklagenden Ton verkünden: „*Zwischen 2003 und 2007 stieg der Einsatz von DDT in Afrika gemessen in Wirkstoffmenge jährlich um sechs Prozent an. Immer mehr afrikanische Staaten setzen DDT ein und weitere planen, das Insektizid 2009 anzuwenden.*“ Es darf kein Kind sterben, weil die Politiker glauben, bei einem medizinisch geboten DDT-Einsatz Gelder von der Entwicklungshilfe zu verlieren oder mit NGO-Kampagnen überzogen zu werden.<sup>120</sup> Der langsame, qualvolle Tod von 20 Mio. Kindern wäre zwischen 1980 und 2010 vermeidbar gewesen, wenn die Malariabekämpfung mit einer konsequent weiterentwickelten Insektizidstrategie fortgesetzt worden wäre, statt einer dogmatischen DDT-Vermeidung zu folgen. Wenn bei uns wegen der aus Asien eingeschleppte Tigermücke nur ein Kind qualvoll sterben würde, wir hätten eine andere Insektiziddiskussion!<sup>121</sup> Darf wegen eines „Vorsorgeprinzips“ für eine „ungestörte Natur“ und hypothetische Schädwirkungen auf den Menschen einem akuten Massensterben weit ab in Afrika zugesehen oder darf da weggesehen werden?

Georg Keckl

Nur zur Info, Fussnote 87

Dieselfahrverbote

### Messgeräte arbeiten korrekt

● Die EU-Kommission hat das System von Messstationen in deutschen Städten überprüfen lassen, das in über 60 Gemeinden seit Jahren überhöhte Stickoxidwerte ermittelt hat. Demnach sind die Geräte den Vorgaben gemäß aufgestellt und liefern valide Ergebnisse. In Bezug auf Stick-

stoffdioxid gibt es nur in Mönchengladbach kleinere Beanstandungen. Die Stationen etwa in den schwer belasteten Innenstädten von München und Stuttgart hingegen arbeiten korrekt. So steht es in einem Zwischenbericht des Sachverständigenbüros aus Großbritannien, das für die Nachkontrolle des Messsystems von der EU beauftragt worden ist. Die Ergebnisse widersprechen Aussagen des Bundes-

verkehrsministers Andreas Scheuer (CSU), der sich kritisch über die Position der Geräte an Verkehrsknotenpunkten wie dem Neckartor geäußert hat. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Steffen Bilger (CDU), hatte sogar eine Überprüfung der Standorte gefordert. Die Kontrolle der Messstationen soll von der EU-Kommission bald veröffentlicht werden. GT

70

DER SPIEGEL Nr. 17 / 21. 4. 2018

<sup>119</sup> Vgl.: [http://www.pan-germany.org/download/ddt/PAN\\_DDT\\_Studie\\_DT.pdf](http://www.pan-germany.org/download/ddt/PAN_DDT_Studie_DT.pdf) (Seite 7: „Zwischen 2003 und 2007 stieg der Einsatz von DDT in Afrika gemessen in Wirkstoffmenge jährlich um sechs Prozent an. Immer mehr afrikanische Staaten setzen DDT ein und weitere planen, das Insektizid 2009 anzuwenden.“ Sowie Seite 12: „Die vier afrikanischen Vertragsstaaten Eritrea, Gambia, Namibia und Sambia sowie Nordkorea halten sich nicht an die Vorgaben der Stockholmer Konvention. Sie setzen DDT ein, ohne dies dem Sekretariat der Konvention offiziell mitgeteilt zu haben. Andere Vertragsstaaten haben zwar den Einsatz von DDT dem Sekretariat gemeldet, aber erst nach der ersten Anwendung. Es sind Äthiopien, Indien, Mosambik, Südafrika, Swasiland sowie Uganda. Auch dies entspricht nicht dem Text der Konvention. Zurzeit überlegen mindestens die vier afrikanischen Staaten Kamerun, Madagaskar, Malawi und Tansania, das Insektizid zur Malariabekämpfung einzuführen.“) und <https://www.welt.de/politik/article3611631/Verteufeltes-DDT-koennte-Malaria-Tote-verhindern.html> und [https://www.novo-argumente.com/artikel/das\\_verbot\\_von\\_ddt\\_toetet\\_menschen](https://www.novo-argumente.com/artikel/das_verbot_von_ddt_toetet_menschen)

<sup>120</sup> Vgl.: <https://www.wissenschaft.de/geschichte-archaeologie/malaria-ddt-verbot-fuer-den-tod-von-menschen-verantwortlich/> und <https://www.tagesspiegel.de/wissen/suedafrika-verteufelter-schutz/1679706.html>

<sup>121</sup> Vgl.: [https://www.fli.de/fileadmin/FLI/Publikationen/Handlungsempfehlung/Handlungsempfehlung\\_Aedes-albopictus\\_2016-04-19.pdf](https://www.fli.de/fileadmin/FLI/Publikationen/Handlungsempfehlung/Handlungsempfehlung_Aedes-albopictus_2016-04-19.pdf)